

Grüner Sieg im schwarzen Land – Wird die Ausnahme zur Regel?

Eine Analyse der Wahlmotivation der Wähler von CDU und Grünen
bei der baden-württembergischen Landtagswahl 2016 nach dem
sozialpsychologischen Modell der Wählerforschung

von

Theresa King und Maximilian Clar

Die vorliegende Arbeit entstand im Rahmen eines Hauptseminars
von Prof. Dr. Hans-Georg Wehling am Institut für Politikwissenschaft
der Eberhard Karls Universität Tübingen.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitendes: Eine neue Ära Kretschmann?.....	2
2	Theoretisches: Wahl- und Wählerforschung.....	3
2.1	Grundsätzliches zur Wahlforschung.....	3
2.2	Der sozialpsychologische Ansatz.....	4
2.2.1	Kandidatenorientierung.....	7
2.2.2	Issue-Orientierung.....	8
2.2.3	Parteiidentifikation.....	8
3	Methodisches: Vorgehen und Herausforderungen.....	9
4	Analytisches: Untersuchung der Wahlmotivation.....	11
4.1	Grundsätzliches zur Wahl.....	11
4.1.1	Die baden-württembergische Landtagswahl 2011.....	11
4.1.2	Die Legislaturperiode 2011 – 2016.....	11
4.1.3	Die Ausgangslage von CDU und Bündnis90/Die Grünen.....	12
4.1.4	Die politische Großwetterlage im Vorfeld der Landtagswahl 2016.....	13
4.1.5	Die Landtagswahl 2016 in Zahlen.....	13
4.2	Analyse entlang der Kernvariablen des sozialpsychologischen Modells.....	14
4.2.1	Einfluss der Kandidatenorientierung.....	14
4.2.2	Einfluss der Issue-Orientierung.....	18
4.2.3	Einfluss der Parteiidentifikation.....	21
5	Zusammenfassendes: Grüner Aufstieg, schwarzer Fall.....	28
6	Abschließendes und Ausblickendes: Ein neuer grüner Konservatismus?.....	32
7	Quellenverzeichnis.....	I
	Ehrenerklärung.....	XI

1 Einleitendes: Eine neue Ära Kretschmann?

Wir schreiben das Jahr 2011. Bei der baden-württembergischen Landtagswahl musste die CDU in ihrem Stammland schwere Verluste einfahren und verlor nach 58 Jahren an der Macht das Ministerpräsidentenamt an die Grünen – eine historische Wahl. Im Kontext des Konflikts um Stuttgart 21 und der Katastrophe im Atomkraftwerk Fukushima wurde das Ergebnis jedoch als „Betriebsunfall“ (Zoll 2016: online) und „Störfall“ (Kohler 2011: online) interpretiert und wengleich die Grünen, zuvor noch ein „vernachlässigbares Restrisiko“, nun doch Realität geworden waren, im „als absolut sicher gerühmten Politreaktor Baden-Württemberg I“ (ebd.), so schrieb man das der „Woge der zurückgekehrten Atomangst“ zu, die sie „in ungeahnte Höhen getragen“ (ebd.) und ihr den Regierungswechsel ermöglicht hatte. Dem „Zauber des grün-roten Anfangs in Stuttgart“, so war man sicher, „würde ohnehin bald die Entzauberung folgen“ (ebd.).

Wir schreiben das Jahr 2016. Bei der baden-württembergischen Landtagswahl musste die CDU in ihrem Stammland schwere Verluste einfahren und verlor nach 63 Jahren ihre Position als stärkste Kraft im Land an die Grünen – eine historische Wahl. Mit einem übergroßen Ministerpräsidenten, der als „idealtypischer Landesvater“ (Forschungsgruppe Wahlen 2016) gar Beliebtheitswerte mit „Ausnahme-Charakter“ (Neu 2016: 8) erreichte, lag die Erklärung auf der Hand. So sei die entscheidende Variable für den Ausgang der Wahl der „Kretschmann-Faktor“ (Soldt 2016c: online), ja, der „Kretschmann-Sog“ (Schlecht 2016: online) gewesen – und laut Nachwahlbefragung der Forschungsgruppe gingen auch 79 Prozent der Wähler und sogar 83 Prozent der Grünen-Wähler davon aus, dass das gute Abschneiden der Grünen in der Person Winfried Kretschmanns und nicht in der Politik der Grünen begründet war (vgl. Forschungsgruppe Wahlen 2016).

War die Landtagswahl 2016 also nichts als eine weitere Ausnahme, die die Regel bestätigte und sich innerhalb der fest verankerten Strukturen des Parteiensystems ereignete? Oder wurde der Störfall zum Regelfall, hat ein politisches Erdbeben die „eingefrorenen Konfliktlinien von gestern“ (Wehling 2004: 202) aufgebrochen, die Kräfteverhältnisse nachhaltig verschoben und das Parteiensystem in Fluss gebracht?

An dieser Stelle setzt die vorliegende Arbeit mit einer ausführlichen Analyse der für die baden-württembergischen Landtagswahl 2016 wahlentscheidend wirkenden Faktoren an, um in diesem Rahmen die Rolle von Winfried Kretschmann für den Erfolg seiner Partei herauszuarbeiten und mit den weiteren die Wahl beeinflussenden Faktoren in Beziehung zu setzen. Da eine politische Wahl nicht nur eine Entscheidung für eine Partei, sondern in der Konsequenz auch eine Entscheidung gegen die anderen ist, wird das Ergebnis der Grünen nicht isoliert betrachtet, sondern in Kontrast zu dem ihrer Kontrahentin im Kampf um das Ministerpräsidenten-Amt, der CDU.

Als Analyseinstrument dient dabei das sozialpsychologische Erklärungsmodell der Wahlforschung mit seinen drei Kernvariablen der *Kandidatenorientierung*, *Issue-Orientierung* und *Parteiidentifikation*. Ziel ist es, die entscheidenden Wahlmotivationsfaktoren herauszuarbeiten und auf den Grad ihres Einflusses hin zu untersuchen.

Im Folgenden wird dafür nach einer kurzen Einführung in die Wahlforschung zunächst der sozialpsychologische Ansatz eingehend erläutert. Nach einem Blick auf Methodik und Schwierigkeiten der Analyse werden sodann die grundlegenden Fakten zur Landtagswahl 2016 zusammengefasst und die Ausgangslage der Parteien sowie die politisch-gesellschaftliche Lage im Vorfeld der Wahl beleuchtet. Die daran anschließende Analyse befasst sich entlang des sozialpsychologischen Modells und mit dem Einfluss der Variablen Spitzenkandidat, Themen und Parteiidentifikation auf den Ausgang der Wahl. Zur abschließenden Beantwortung der Kernfrage werden in einem letzten Teil auf Grundlage der Analyseergebnisse die den Wahlsieg der Grünen begünstigenden Faktoren systematisch zusammengefasst und diskutiert.

2 Theoretisches: Wahl- und Wählerforschung

2.1 Grundsätzliches zur Wahlforschung

„Wissen ist Macht.“ – was Francis Bacon bereits im 16. Jahrhundert formulierte, hat im 21. Jahrhundert nichts von seiner Aktualität verloren. Auch im Hinblick auf demokratische Wahlen behält der Ausspruch Gültigkeit, denn „der Schlüssel zum ‚Warum‘ einer Entscheidung des Souveräns ist auch der Schlüssel zum Erfolg“ und so ist es für eine Partei „Überlebensstrategie zu wissen, welches die Gründe einer Wahlentscheidung sind“ (Roth, Wüst 1998: 102). Kein Wunder also, dass sich mit der Etablierung demokratischer Wahlen in der Politikwissenschaft ein eigener Zweig der Wahlforschung herausgebildet hat, mit dem Ziel, Wahlen wie Wählerschaft zu analysieren, um die Entscheidungsmotivation des Wählers nachzuvollziehen (vgl. Pappi, Shikano 2007: 13). Nachdem im Laufe des 19. Jahrhunderts begonnen wurde, immer ausführlichere Wahldaten zu sammeln und entsprechende Statistiken zu erstellen, markiert Anfang des 20. Jahrhunderts die Wahlgeographie nach André Siegfried den Beginn methodischer Wahlanalysen (vgl. Roth 2008: 17). Dieser erste Ansatz, der „sozusagen das gesamte politische ‚Klima‘ einer Landschaft untersucht“ (Heberle, zit. nach Falter, Winkler 2005: 132), um herauszuarbeiten, wie räumliche Faktoren das Votum beeinflussen, spielt heute kaum noch eine Rolle (vgl. Falter, Winkler 2005: 109f.). Etabliert haben sich dagegen andere Modelle, die nicht mehr nur mit Wahlstatistiken, sondern vor allem mit repräsentativen Umfragen arbeiten, wobei die Repräsentativität der entscheidende Faktor ist. So erzählt eine gern zitierte Anekdote von dem Versuch des Magazins *Literary Digest*, das Ergebnis der amerikanischen Präsi-

dentschaftswahlen 1936 zu prognostizieren, als der Republikaner Alf Landon den amtierenden demokratischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt herausforderte. Durch die Auswertung der zurückgesandten Fragebögen, kam die Redaktion zu dem eindeutigen Schluss, Landon würde den Sieg davontragen. Am 3. November 1936 jedoch gewann Roosevelt die Wahl mit einer klaren Mehrheit von 60,8 Prozent der Stimmen – er konnte 46 der 48 Bundesstaaten für sich entscheiden. Zweierlei war ursächlich für die Fehlprognose der Zeitschrift: zum einen, dass eine derartige schriftliche Befragung eine aktive Resonanz fordert, die wiederum ein gewisses politisches Interesse voraussetzt. Zum anderen, dass *Literary Digest* für den Versand der Fragebögen Adressen aus Telefon- und Autoregistrierungen verwendete – im Amerika der 30er Jahre eine privilegierte Wählerkategorie. Der Fehler lag also in der Auswahl der Stichprobe (vgl. Bryson 1967: 184).

Heute ist eine derartige Fehleinschätzung freilich äußerst unwahrscheinlich; Stichproben werden repräsentativ gezogen und die Ergebnisse um potenzielle Fehlerbereiche bereinigt. Doch auch repräsentative, komplexe Datensätze erhalten ihre eigentliche Bedeutung, ihren Sinn erst innerhalb theoretischer Erklärungsmodelle, die einen Bezug zwischen Wahlverhalten und vorgelagerten Einflussfaktoren sowie dem weiteren historisch gewachsenen Kontext herstellen. Zu diesem Zweck wird in der vorliegenden Arbeit das sozialpsychologische Modell zur Erklärung von Wählerverhalten herangezogen werden.

2.2 Der sozialpsychologische Ansatz

Neben dem *soziologischen Ansatz*¹ und dem *Rational-Choice-Ansatz*² ist das von Angus Campbell, Gerald Gurin und Warren E. Miller in den 1950er Jahren am Survey Research Center der Universität Michigan in Ann Arbor entwickelte *sozialpsychologische Modell* der dritte in der Politikwissenschaft etablierte Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten.³ Er versucht Wahlverhalten nicht primär über objektive Umweltbedingungen und soziostrukturelle Aspekte oder reine Kosten-Nutzen-Kalküle, sondern vielmehr über subjektive Wahrnehmung und individuelle politische Einstellungen zu erklären (vgl. Schoen, Weins 2005: 189; Bürklin, Klein 1998: 58f.). Im Mittelpunkt der Betrachtung steht daher die individualistische Wahlentscheidung, die von einer Trias individualpsychologischer Fakto-

¹ Die soziologischen Ansätze in der Wahl- und Wählerforschung betrachten Wahlen als „expression of the democratic class struggle“ (Lipset, zit. nach Schoen 2005: 135) und werden nach ihrem Fokus auf mikro- und makrosoziologische Prozesse unterschieden. Die Kernthese des mikrosoziologischen Ansatzes ist die Annahme homogenen Wahlverhaltens innerhalb einer sozialen Gruppe, der makrosoziologische Ansatz geht von einem Wahlverhalten entlang gesellschaftlicher Konfliktlinien, sogenannter *Cleavages*, aus (dazu z.B. Schoen 2005: 137ff.; Roth, Wüst 198: 105ff.; Bürklin 1988: 21f. 25, 51f., 80ff.; Pappi, Shikano 2007: 21).

² In seiner 1957 veröffentlichten Schrift *An Economic Theory of Democracy* wandte Anthony Downs das in der Ökonomie seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts dominante Prinzip des Kosten-Nutzen-Kalküls erstmals auf die politikwissenschaftliche Wahlforschung an. Den Wähler betrachtet er demgemäß als *homo oeconomicus*, der nach dem Eigennutz-Axiom handelt und individuelle Interessen verfolgt (vgl. Roth, Wüst 1998: 121).

³ Deshalb auch bezeichnet als Ann Arbor Model oder Michigan Model.

ren abhängt: der Identifikation mit einer Partei, der Orientierung an Sachthemen und der Affinität zu einem Kandidaten. Diese ergeben sich aus der wiederholten Auseinandersetzung des Individuums mit seiner objektiven Umwelt und bilden so als Resultate unterschiedlicher lang- und kurzfristiger Einflüsse gleichsam das „Destillat aller Erfahrungen eines Individuums“ (Bürklin, Klein 1998: 58).

Der Theoriestrang sozialpsychologischer Wahlforschung fußt auf einer empirischen Analyse der amerikanischen Präsidentschaftswahlen 1952, die Campbell et al. 1954 unter dem Titel *The Voter Decides* publizierten. Die Autoren legen in dieser Studie die Annahme zugrunde, dass Wahlverhalten auf einer multikausal begründeten individuellen Motivation basiert und bestimmen sechs beeinflussende Variablen (vgl. Campbell et al. 1954: 86), von denen die drei bereits genannten ‚Ps‘ – Partei, Programm und Person – im Mittelpunkt stehen. Die Wahrscheinlichkeit der Entscheidung für einen Kandidaten bzw. eine Partei ist dabei umso höher, je mehr die unterschiedlichen Erklärungsgrößen übereinstimmen.

In *The Voter Decides* sind die drei eng miteinander korrelierenden Variablen zunächst als gleichberechtigte Komponenten konzipiert, die unmittelbar in die Wahlentscheidung münden. Entsprechend bestechend lesen sich auch die Befunde: Je größer die Übereinstimmung der einzelnen politischen Einstellungen zugunsten einer Partei, desto wahrscheinlicher eine dahingehende Wahlentscheidung. Bei konträren Einstellungen hingegen ergeben sich Konflikte vergleichbar mit Cross-Pressure-Situationen im Sinne des soziologischen Ansatzes;⁴ eine eindeutige Vorhersage des Votums ist dann nicht mehr möglich und es kommt zu „Hinauszögern, Stimmensplitting und Gleichgültigkeit“ (Schoen, Weins 2005: 198). Die zwingende Logik der Ergebnisse führte zwar zu einer großen Beachtung der Studie, rief gleichzeitig aber auch starke Kritik hervor: Indem sie als unabhängige Variablen politische Einstellungen betrachteten, welche der Wahlentscheidung unmittelbar vorgelagert waren, würden die Autoren zwar eine hohe Erklärungsleistung erzielen; gleichzeitig betrieben sie jedoch „psychologischen Reduktionismus“ (Schoen, Weins 2005: 193), denn dass ein Mensch diejenige Partei wählt, deren Kandidaten und Standpunkte er vorzieht, sei letztlich eine Trivialität. Die eigentlich wichtigen Fragen, insbesondere zum Zustandekommen dieser Einstellungen, würden jedoch ausgeblendet.

Den skizzierten Vorwürfen begegneten Campbell et al. 1960 wenig später mit verschiedenen Modifikationen in ihrem Klassiker *The American Voter*, der im Wesentlichen eine Weiterführung ihrer Arbeit darstellt. Die größte Änderung ist dabei die neu entwickelte Metapher vom *funnel of causality*,

⁴ Gehört ein Individuum mehreren sozialen Gruppen an, für die unterschiedliche Normen gelten, entstehen sogenannte *cross pressures*, die die Wahrscheinlichkeit einer späten Wahlentscheidung oder gar einer Nichtwahl erhöhen (vgl. Roth, Wüst 1998: 106). Die Individuen sind damit empfänglicher für Wahlkampfaktivitäten der Parteien.

dem „berühmten Bild vom Kausalitätstrichter“ (Schoen 2010: 234), der es ermöglicht, die zeitliche Dimension einer Wahlentscheidung zu integrieren und sie so als Resultat einer langwierigen Entwicklung darzustellen: über subjektive Wahrnehmungen verdichten sich soziostrukturelle und weitere Determinanten zu drei individuellen Einstellungen. Nach wie vor beeinflussen diese drei politischen Einstellungen an der Mündung des Trichters die Wahlentscheidung ganz unmittelbar; mit dem Fokus auf die Prozesshaftigkeit der Wahlentscheidung und den intervenierenden Charakter der politischen Einstellungen als Verbindung zwischen soziostrukturellen Faktoren und Wahlverhalten können durch ein Zurückverfolgen der „Ursache-Wirkungs-Kette“ (Schoen, Weins 2005: 195) fortan allerdings auch in der Vergangenheit liegende Ereignisse einbezogen und ihr vermittelter Einfluss auf das Wahlverhalten analysiert werden.

Die zweite maßgebliche Änderung besteht in einer Neuinterpretation des Konzeptes der Parteiidentifikation, die durch eine Akzentverschiebung eine enorme Aufwertung erfährt. Als zentraler Ankerpunkt ist sie fortan den beiden kurzfristigeren Komponenten ‚Programm‘ und ‚Person‘ kausal und temporal vorgelagert, sodass ihr – direkt auf die Wahlentscheidung sowie indirekt über die kurzfristigen Variablen vermittelt wirkend – der größte Gesamteinfluss zukommt (vgl. Schoen, Weins 2005: 196). In Hinblick auf die Kandidatenorientierung ist lediglich eine Erweiterung auch um politische Eigenschaften auszumachen (vgl. Schoen, Weins 2005: 197), die Issue-Orientierung erhält eine neue Einteilung in Bezüge zu Kandidaten und zu Parteien.

Nicht nur in den Vereinigten Staaten hatte das Ann-Arbor-Modell Erfolg, auch in anderen Staaten – und nicht zuletzt in der Bundesrepublik – avancierte der sozialpsychologische Ansatz zum „wichtigste[n] Paradigma der empirischen Wahlforschung“ (Gabriel, Keil, Thaidigsmann 2009: 269). Hierzulande entspann sich eine Debatte über die Übertragbarkeit sowohl des Konzeptes der Kandidatenorientierung, als auch der Parteiidentifikation. Hinsichtlich der Untersuchung von Landtagswahlen kommen Gabriel und Bauknecht zu dem Schluss, dass das Konzept der Parteiidentifikation auf Landesebene durchaus anwendbar ist, wenn auch die Einstellung zu einer Partei eine etwas unklare Mischung bundes- und landespolitischer Faktoren repräsentiert (vgl. Gabriel, Bauknecht 2011: 133).

Für die vorliegende Arbeit wurde der sozialpsychologische Ansatz gewählt, da er in der Empirie durch hohe Erklärungsraten überzeugt und sich konzeptionell als äußerst fruchtbar erweist. Zum einen lässt er sich flexibel in unterschiedliche politische und systemische Kontexte übertragen, zum anderen kommt gerade hier das „integrative Potential“ (Schoen, Weins 2005: 205) des Theoriestrangs zum Tragen. Weil überdies die Wahlentscheidung letztlich jeweils aus dem spezifischen Zusammenspiel lang- und kurzfristiger Variablen resultiert und somit auch situative Interventionsvariablen und Reaktionen auf aktuelles politisches Geschehen herangezogen werden können, eignet

sich der sozialpsychologische Ansatz auch zur Erklärung des Wechsels von Parteipräferenzen, temporären Abweichungen vom traditionellen Wahlverhalten, sowie kurzfristiger Wählerwanderung auf der Makro-Ebene, während im Aggregat die langfristig beständige Parteiidentifikation zu einer Stabilität in Wahlverhalten und parteipolitischer Kräfteverteilung führt (vgl. Schoen, Weins 2005: 198). Dadurch ist das Modell für die Analyse der baden-württembergischen Landtagswahl 2016 besonders geeignet.

Bevor auf die Besonderheiten dieser Wahl genauer eingegangen wird, sollen zunächst die drei Kernelemente des sozialpsychologischen Ansatzes vorgestellt werden, auf denen die anschließende Analyse basiert.

2.2.1 Kandidatenorientierung

Mit zunehmend erodierender Parteiidentifikation, einem Wandel der Medien und einer ausgeprägten Individualisierung der Wählerschaft wurden sich Strategen und Wissenschaftler der immensen Bedeutung der Kandidatenorientierung bewusst. Insbesondere für Parteilose und politisch wenig Interessierte bieten Spitzenkandidaten, die „Programm, Ziel und Anliegen ihrer Partei [verkörpern]“ (Jesse, Schubert 2006: online), Orientierung und die Option zur leichteren Identifikation mit den teils abstrakten Inhalten der Politik (vgl. Brettschneider 2005: 103). Weil genau diese Identifikation notwendig ist, um persönliches Vertrauen in eine generalisierte *ex ante* - Problemlösungskompetenz zu schaffen, wurde im Zuge zahlreicher Forschungsaktivitäten das negative Image des *candidate voting* überprüft und relativiert. Denn es erscheint nicht nur durchaus sinnvoll, aufgrund der relativen Stabilität von Persönlichkeiten die Entscheidung am Kandidaten zu orientieren; Studien haben zudem ergeben, dass ein kandidatenorientiertes Votum keineswegs entpolitisiert und inhaltsarm sein muss (vgl. Brettschneider 2005: 111; Schoen, Weins 2005: 237). Im Gegenteil handelt es sich vielmehr um „eine themenspezifische Kandidatenorientierung“ (Brettschneider 2002: 209f.), weil Personen stets im Kontext ihrer Problemlösungs- und Themenkompetenz beurteilt werden. Zur inhaltlichen Differenzierung hat sich eine Unterscheidung in rollennahe (politische) und rollenferne (persönliche) Kandidateneigenschaften etabliert (vgl. Brettschneider 2002: 25; vgl. schon Campbell et al. 1960: 55), und obgleich „bislang [offenbar] noch keine allgemein akzeptierte Vorstellung von den relevanten Kandidatendimensionen formuliert“ (Schoen, Weins 2005: 236) wurde, herrscht wohl Konsens darüber, dass Leadership-Qualitäten, Problemlösungskompetenz, Tatkraft und Führungskraft, aber auch eine sympathische Ausstrahlung, ein intaktes Familienleben und Religiosität, sowie ganz besonders Integrität, Vertrauens- und Glaubwürdigkeit als die wesentlichen Kriterien angesehen werden können (vgl. Brettschneider 2002: 142; Zolleis, Kießling 2005: 48).

2.2.2 Issue-Orientierung

Idealtypisch als unabhängig von Kandidat und Partei konstruiert, beschreiben Campbell et al. mit dem Konzept der Issue-Orientierung eine kurzfristig intervenierende Variable, die eine spontane Abweichung von der Normalwahl bewirken kann. Zur Klassifizierung etabliert hat sich die Unterscheidung in leistungsbewertende Valenz-Issues (Wahl zwischen Konzepten zur Erreichung von Konsens-Zielen; z.B. Friede, Prosperität) und standpunktbewertende Positions-Issues (Wahl zwischen entgegengesetzten Ansichten bei Differenz-Themen; z.B. Kernenergie, Waffenexporte) sowie in retrospektive und prospektive Urteile (vgl. Schoen, Weins 2005: 229; Pappi, Shikano 2007: 23). In Kombination ergeben sich die zwei wichtigsten Felder: die retrospektive Leistungsbewertung hinsichtlich unumstrittener Konsensthemen, die eine Belohnung oder Abstrafung der Arbeit der Parteien nach sich zieht und die prospektive Policy-Positionierung, die eine Identifikation mit dem politischen Gestaltungsauftrag möglich macht.

2.2.3 Parteiidentifikation

Für das Konzept der Parteiidentifikation trennen die Autoren zwischen „formal membership“ und „psychological identification“ (Campbell et al. 1960: 121), wobei sie letztere unter Einbeziehung bezugsgruppentheoretischer Annahmen als eine langfristig stabile, affektive Bindung konzipieren, die – auch empirisch erwiesen – einen psychologischen Druck zur loyalen Konformität mit Parteinormen und -zielen mit sich bringt (vgl. Schoen, Weins 2005: 191). Durch familiäre und gesellschaftliche Sozialisierungsinstanzen (Peers, Schule, Medien) ab dem Kindesalter herausgebildet und im Laufe des Lebens verfestigt, stellt die Parteiidentifikation „als Destillat eines Kausalitätstrichters“ (Roth 2008: 43) das Resultat aller (politischen) Geschehnisse im Leben eines Menschen dar und verleiht dem Entstehungsprozess der Wahlentscheidung so eine soziale Verankerung. Als eine Art „politischer Kompaß“ (Schmitt-Beck 2000: 138) wird sie so zum Grundgerüst der Wahlentscheidung, steigert das Interesse an der Politik und vermag es zugleich, als „WahrnehmungsfILTER“ (Bürklin, Klein 1998: 58) die Orientierung an Issues und Kandidaten subjektiv zu färben. Bis zu einem Viertel der Distanz zwischen der eigenen Position und der des bevorzugten Kandidaten kann auf diesem Wege „hinwegprojiziert“ (Pappi, Shikano 2007: 42) werden.

Ogleich die affektive Parteiidentifikation somit eine Schlüsselposition einnimmt, ist die Wahlentscheidung keineswegs vollständig von ihr determiniert, zumal sie durchaus nicht vollständig gegen konträre Informationen immunisiert. Wechsel sind als Ausnahmen prinzipiell möglich und können die Folge einschneidender politischer Veränderungen oder aber kurzfristiger situativer Ereignisse sein (vgl. Roth 2008: 43; vgl. Schmitt-Beck 2000: 138).

Zu beachten ist des Weiteren, dass Parteidentifikation und Wahlverhalten als „politisch-kulturell vermittelt“ (Wehling 2004: 203) anzusehen sind, folglich also immer auch die der langfristigen Parteibindung vorgeschalteten Faktoren mitberücksichtigt werden müssen. Neben dem Rückgriff auf Messungen zur Parteidentifikation sind daher auch „historische Tiefenbohrungen“ (Wehling 2004: 205) entscheidend, die Aufschluss über die regionalen Besonderheiten geben und die über die Parteidentifikation mittelbar wirkenden hintergründigen soziostrukturellen und politisch-kulturellen Faktoren offenbaren.

Zuletzt sei an dieser Stelle auf die fortschreitende „Erosion affektiver Wählerbindungen an die politischen Parteien“ (Schmitt-Beck, Weick 2001: 2) hingewiesen; der Trend des so genannten *dealignment*⁵ entfacht derzeit mehr denn je die Diskussion über den Stellenwert der einzelnen Einflussfaktoren und insbesondere der Parteidentifikation (vgl. Schoen, Weins 2005: 222), wobei der Kern der Diskussion mit der Beobachtung: ‚Die Wähler werden wählerischer‘ wohl sehr schön zusammengefasst ist und im entsprechenden Analyseteil dieser Arbeit noch Gegenstand einer genaueren Betrachtung sein wird.

3 Methodisches: Vorgehen und Herausforderungen

Um das Wahlergebnis von CDU und Grünen bei der Landtagswahl 2016 mithilfe des sozialpsychologischen Ansatzes der Wählerforschung zu erklären, werden die drei Kernvariablen des Modells – *Issue*, *Kandidat* und *Parteidentifikation* – zunächst getrennt untersucht, um etwaigen Besonderheiten in den Einstellungen zu einzelnen Aspekten der Wahlentscheidung auf den Grund zu gehen.

Da im Rahmen dieser Hausarbeit eine umfassende Gesamtanalyse des Ergebnisses der Landtagswahl 2016 weder sinnvoll noch machbar ist, beschränkt sich die Analyse in theoretischer Hinsicht auf die drei Kernelemente des Modells und in praktischer Hinsicht auf die beiden Anwärter auf das Ministerpräsidentenamt, CDU und Grüne. Gerade vor dem politisch-kulturellen Hintergrund des bürgerlich geprägten Bundeslandes erscheint der Vergleich der – vielfach als ‚alte‘ und ‚neue‘ Baden-Württemberg-Partei kontrastierten – Hauptkonkurrenten um die (wahlentscheidende) Mitte der Gesellschaft besonders gewinnbringend, markiert er doch aller Voraussicht nach auch in Zukunft das entscheidende Spannungsfeld in der baden-württembergischen Parteienlandschaft.

⁵ Das sog. *dealignment* bezeichnet dabei die langfristige Auflösung stabiler psychologischer Parteibindungen und die Etablierung hoher Wählervolatilität bzw. zumindest eines hohen Wechselwählerpotentials als dauerhaften Zustand. Demgegenüber steht das *realignment*, also die bloße Verschiebung der Wählerpräferenz. Hier wird davon ausgegangen, dass Wählerfluktuation, -volatilität und -fragmentierung nur vorübergehende Erscheinungen eines Struktur- und Wertewandels sind, das Parteiensystem sich aber nach einer Phase der Umstrukturierung wieder stabilisiert. Zumindest auf Bundesebene existieren dabei Zahlen von Infratest dimap, die diese Entwicklung gut nachzeichnen: Gaben hier 1976 noch etwa 85 Prozent aller Befragten an, längerfristig einer Partei zuzuneigen, sank der Anteil der Menschen mit stabiler Parteidentifikation bis 2009 auf gerade noch 58 Prozent der Befragten (vgl. Hilmer 2013: 30).

Der erste Faktor, die Determinante der **Themenaspekte**, wird dabei in dreierlei Hinsicht betrachtet: zum einen wird die retrospektive Einschätzung der Bevölkerung der Regierungs- und Oppositionsarbeit in der vergangenen Legislaturperiode untersucht. Zum anderen werden für die prospektive Beurteilung der beiden Parteien die für die Wahlentscheidung wichtigsten Themen herausgearbeitet und mit den Kompetenzzuschreibungen, die die Parteien von der Bevölkerung auf diesen Gebieten erhielten, verglichen.

Bei der Analyse des **Kandidatenaspekts** liegt der Fokus auf den Zustimmungswerten der Spitzenkandidaten von Grünen und CDU, insbesondere auf der Erklärung der hier zu beobachtenden enormen Differenz. Dafür werden neben der Person selbst auch die Kontextvariablen betrachtet, die zu der jeweiligen Beurteilung der Kandidaten durch die Bevölkerung führten.

Die Untersuchung der **Parteiidentifikation** als vorgelagerter Einflussvariable erfolgt schließlich als mehrdimensionale Diskussion verschiedener soziostruktureller Einflüsse auf die Parteipräferenz. Weil politische Kultur und Sozialstruktur die Wahlentscheidung über die Parteiidentifikation vermittelt beeinflussen, sich diese also aus den vorgelagerten Variablen speist, widersprechen sich die beiden Faktoren nicht, sondern können im Gegenteil nur gemeinsam betrachtet werden. Die Analyse umfasst deshalb nicht nur Zahlen zur Parteiidentifikation, sondern schließt auch die Besonderheiten (in der Entwicklung) der baden-württembergischen Parteienlandschaft mit ein.

Im Anschluss werden die Erkenntnisse der drei Analysestränge zusammengeführt. Eine Diskussion der Erklärungskraft der einzelnen Variablen mündet schließlich in der theoriegeleiteten Beantwortung der Kernfrage dieser Arbeit.

Schließlich sei auch noch kurz auf die methodischen Herausforderungen der Arbeit verwiesen wobei hier neben einer teils widersprüchlichen Datenlage insbesondere Unschärfen der Umfragedesigns zu nennen sind. Des Weiteren sind die bei Umfragen üblichen Schwierigkeiten zu erwähnen, wie etwa soziale Erwünschtheit, eine Fehlertoleranz bis zu drei Prozent sowie allgemeine Persuasions- und Projektionseffekte. Zuletzt gibt es zwar eine wissenschaftlich weitgehend anerkannte Operationalisierung der Frage nach der Parteiidentifikation;⁶ da im Falle der Landtagswahl 2016 entsprechende Zahlen jedoch nicht erhoben wurden, wird als Ersatzindikator die von Infratest dimap mit der Frage ‚Was war für Ihre Wahlentscheidung am wichtigsten?‘ abgefragte Wahlmotivation herangezogen. Weil insbesondere für die Grünen hierbei allerdings nicht klar ist, ob tatsächlich langfristige Bindungen im Sinne der theoretischen Konzeption der Parteiidentifikation abgefragt werden, wird darüber

⁶ „In Deutschland neigen viele Leute längere Zeit einer bestimmten politischen Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie – ganz allgemein gesprochen – einer bestimmten Partei zu?“ Bei Bejahung: „Wenn ja, welcher?“ Und: „Wie stark neigen Sie – alles zusammengenommen – dieser Partei zu?“

hinaus mit dem – im Folgenden als über Sozialstruktur und politische Kultur definiert verstandenen – Ersatzindikator *Parteipotenziale* gearbeitet (vgl. Wehling 2004: 216).

4 Analytisches: Untersuchung der Wahlmotivation

4.1 Grundsätzliches zur Wahl

4.1.1 Die baden-württembergische Landtagswahl 2011

Die baden-württembergische Landtagswahl 2011 war eine historische Wahl. Die drei Spitzenkandidaten Nils Schmid (SPD), Stefan Mappus (CDU, 2010-2011 amtierender Ministerpräsident) und Winfried Kretschmann (Bündnis 90/Die Grünen) rangen im politischen Kontext der Katastrophe in Fukushima, der Auseinandersetzung um Stuttgart21 und der Affäre um den Rückkauf der EnBW-Aktien um das Amt des Ministerpräsidenten. Am Ende dieses – für eine Landtagswahl untypischen – stark emotionalisierenden und polarisierenden Wahlkampfes (vgl. zum BW-Wahlkampf 2011 Zolleis, Schmid, Buhr 2012) stand ein Wahlergebnis, das die politischen Machtverhältnisse im Land neu ordnen sollte: die CDU büßte im Vergleich zur vorangegangenen Wahl etwa fünf Prozentpunkte ein und fiel unter die 40-Prozent-Marke, die SPD verlor zwei Prozentpunkte und fuhr ihr schlechtestes Ergebnis bei einer Landtagswahl ein. Die Grünen konnten ihren Wert von 2006 mehr als verdoppeln und lagen mit 24,2 Prozent 1,1 Prozentpunkt vor der SPD, die FDP halbierte ihr vorheriges Ergebnis und kletterte nur knapp über die Fünf-Prozent-Hürde, wobei die Wahlbeteiligung im Vergleich zu 2006 um 12,8 Prozent angestiegen war. Programmatisch nicht überzeugend und strukturell in die Krise geraten musste die CDU, obgleich sie abermals stärkste Fraktion geworden war, auf die Oppositionsbank wechseln; für seinen kompromisslosen Regierungsstil abgestraft musste Stefan Mappus nach 58 Jahren Unionsführung den Weg freimachen für den ersten grünen Ministerpräsidenten: Winfried Kretschmann, der mit der SPD als Juniorpartner die Regierung übernahm (vgl. zu den Ursachen des Wahlergebnisses Roth 2012).

4.1.2 Die Legislaturperiode 2011 – 2016

Die erste große Herausforderung für die neue Regierung war die Befriedung des Konflikts um das Verkehrsprojekt Stuttgart21, was mit der Durchführung des versprochenen Volksentscheids weitgehend gelang (siehe hierzu z.B. Soldt 2014). In den folgenden fünf Jahren nahmen sich Ministerpräsident Kretschmann und Nils Schmid, Minister im Doppelressort Wirtschaft und Finanzen, mit ihrem Kabinett insbesondere der Themen Studiengebühren und Hochschulfinanzierung, Polizeireform und Bildungszeitgesetz, Nationalpark und Jagdgesetz, gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaft

und Reform direktdemokratischer Verfahren, Ausbau der Windenergie und Einrichtung eines Ministeriums für Integration an (siehe zur Bilanz der grün-roten Regierung z.B. Grachtrup 2016 oder LpB BW 2015). Viele dieser Themen wurden mit unterschiedlichsten Interessensgruppen äußerst kontrovers diskutiert, strittigstes Projekt der grün-roten Landesregierung war jedoch ohne Zweifel die umfassende Reform der Bildungspolitik; hier seien mit der Einführung der Gemeinschaftsschule und der Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung nur zwei der hart umkämpften Vorhaben genannt (siehe hierzu z.B. Kelnberger 2015 oder LpB BW 2015). Neben ihrer konkreten politischen Agenda setzte sich die Koalition jedoch ein weiteres Ziel: mit ihrer *Politik des Gehörtwerdens* sie versprach nicht weniger als die Etablierung eines neuen Politikstils (siehe hierzu z.B. Fatke 2015, o.V. 2016d, Erler 2013, Kretschmann 2013).

4.1.3 Die Ausgangslage von CDU und Bündnis90/Die Grünen

„Im CDU-Lager glaubten viele“, so der Politologe Ulrich Eith, „die Wahl der Grünen 2011 sei ein Betriebsunfall gewesen“ (Zoll 2016: online). Genauerer Hinsehen jedoch verdeutlicht, dass nicht nur die Kombination aus dem unbeliebten Ministerpräsidenten Mappus, dem Atomunfall in Fukushima und den an Stuttgart21 aufgeheizten Gemütern die Zustimmung der baden-württembergischen Bevölkerung für die Grünen begründeten. So waren ihre Zustimmungswerte beispielsweise bereits vor der Nuklearkatastrophe auf dem Niveau des Wahlergebnisses von 2011, zweitweise sogar einige Prozentpunkte darüber. Und so war es „eben nicht nur Fukushima, das den Sieg der Grünen gesichert hat, sondern die Politik und Haltung der Grünen bei allen anderen Fragen im Vorfeld der Wahl“ (Roth 2012: 114). Auch nach der Landtagswahl konnten sie ihre Zustimmungswerte bei der Sonntagsfrage in der ersten Hälfte der Legislaturperiode auf 28 bzw. 29 Prozentpunkte steigern und erholten sich von einem etwa 18 Monate andauernden Umfragetief in der zweiten Hälfte ihrer Regierungszeit (mit zwischenzeitlichen Werten von nur 21 Prozent), rechtzeitig zur zweiten Jahreshälfte 2015, um das Wahljahr 2016 mit 28 Prozent Zustimmung zu beginnen. Eine gegenläufige Entwicklung verzeichneten die Zustimmungswerte der CDU, die bis Mitte 2013 unter der 40-Prozent-Marke blieben, sie sodann von November 2013 bis November 2014 knackten, um spätestens mit der zweiten Jahreshälfte 2015 wieder darunter zu fallen. Der Abwärtstrend setzte sich fort und einen Monat vor der Wahl lag die CDU mit 31 Prozent nur noch knapp vor den Grünen (vgl. Infratest dimap 2016: Baden-WürttembergTREND Januar, Februar, März). Was war geschehen? Neben den strukturellen Veränderungen im Stammland der Konservativen prägten auch verschiedene kurzfristige Variablen die Ausgangsposition und letztlich das Wahlergebnis von CDU und Grünen. Bevor darauf in der folgenden Analyse detailliert eingegangen wird, muss zunächst die politische Großwetterlage auf landes-, bundes- und europäischer Ebene kurz umrissen werden.

4.1.4 Die politische Großwetterlage im Vorfeld der Landtagswahl 2016

Ohne Zweifel kann die Flüchtlingspolitik als alles überlagerndes bundespolitisches Thema der Vorwahlzeit identifiziert werden. Spätestens seit Bundeskanzlerin Angela Merkel in der Nacht vom 4. auf den 5. September die deutsche Grenze für tausende in Ungarn festsitzende Flüchtlinge öffnen ließ, beherrschte die Frage nach dem richtigen Vorgehen in der Flüchtlingspolitik die innen- und außenpolitische Debatte. Lagen dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) im Jahr 2013 noch lediglich 127.000 Asylanträge vor, wurden 2015 rund 1,1 Millionen Flüchtlinge in Deutschland registriert. Mit einer solchen Dimension hatte niemand gerechnet und sie spaltete die Bundespolitik, namentlich auch die CDU. Im Streit um die deutsche Position sah sich Bundeskanzlerin Angela Merkel, die aktiv für eine europäische Lösung warb und zunehmend auch auf eine Zusammenarbeit mit der Türkei setzte dem bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer gegenüber, der auf nationale Maßnahmen zur Reduktion der Flüchtlingszahlen drängte. Nicht zuletzt erlebte auch die deutsche Gesellschaft eine starke Politisierung, mit der nicht zuletzt auch eine starke Polarisierung einherging: So herausragend die Willkommenskultur und Hilfsbereitschaft auf der einen, so groß die Ängste und Verunsicherungen auf der anderen Seite – ein Spannungsverhältnis, das bis zur Landtagswahl am 13. März 2016 für das politische Klima bestimmend war.

4.1.5 Die Landtagswahl 2016 in Zahlen

Am 13. März 2016 wählten schließlich 5,5 Millionen Menschen und damit 70,4 Prozent der 7,7 Millionen Stimmberechtigten nach dem personalisierten Verhältniswahlrecht die 143 Abgeordneten des 16. Baden-württembergischen Landtags. Zur Wahl standen insgesamt 22 Parteien, von denen fünf den Einzug in den Landtag schafften. Stärkste Partei wurden die Grünen mit 30,3 Prozent der Stimmen, die damit im Vergleich zur Landtagswahl 2011 6,1 Prozentpunkte dazugewinnen konnten. Auf dem zweiten Platz fand sich die CDU mit 27 Prozent, was ein Minus von 12 Prozentpunkten gegenüber der vergangenen Wahl bedeutete. Ebenso massiv verlor die SPD, die bei einem Verlust von 10,4 Prozentpunkten ein Ergebnis von 12,7 Prozent erreichte. Die FDP verbesserte sich auf 8,3 Prozent und die AfD erreichte aus dem Stand ein Ergebnis von 15,1 Prozent.

4.2 Analyse entlang der Kernvariablen des sozialpsychologischen Modells

4.2.1 Einfluss der Kandidatenorientierung

Mit Winfried Kretschmann und Guido Wolf traten bei der Landtagswahl 2016 zwei Spitzenkandidaten aus extrem unterschiedlichen Ausgangspositionen heraus an.

Winfried Kretschmann, Gründungsmitglied der Grünen, saß von Beginn an – mit einer kurzen Unterbrechung – für seine Partei im Landtag, war insgesamt 10 Jahre Vorsitzender der grünen Fraktion und wurde 2011 zum ersten grünen Ministerpräsidenten gewählt. In den Flügelkämpfen, die in keiner Partei so ausgeprägt sind, wie bei den Grünen, vertritt er klar realpolitische Positionen, ist dem ökolibertären Lager zuzuordnen und gilt mithin als ein „Realissimo unter den Realos“ (Hupka 2015: 256) – bezeichnend hierfür ist seine Anfang der neunziger Jahre entstandene Streitschrift: „Warum eine ökologische Partei nicht links sein kann“ (vgl. Hunger 2011: online). Der ehemalige Gymnasiallehrer, der selbst ein katholisches Internat besuchte und Mitglied einer katholischen Studentenverbindung war, ist „schon länger im Schützenverein als bei den Grünen“ (Unfried 2011: online), Mitglied im Kirchenchor und hat – wie Joschka Fischer einst feststellte – eine „Neigung als Waldschrat“ (Soldt 2016a: online). Das kommt an im Ländle. Dass er darüber hinaus „auch eigensinnig, in mancher Frage stur, der Parteilinie gern mal untreu“ (Hupka 2015: 256) ist, unterstützt sein Image als bodenständiger, ehrlicher Politiker. Komplettiert wird das Bild des Ministerpräsidenten durch seine philosophische Belesenheit, die er gerne unter Beweis stellt. „Das Volk ist stolz auf einen Landesvater, der Hannah Arendt und Fastnacht zusammenbringt, der mit Ehefrau Gerlinde auf der Schwäbischen Alb wandert und dazu das Lied von der Digitalisierung pfeift, als wäre er im Silicon Valley zu Hause. ‚Wir fühlen uns verstanden‘, sagt[e] der Bosch-Chef, eine Instanz im Lande“ (Bollmann, Meck 2016: online). Kretschmanns Person verkörpert die Verbindung von Wertekonservatismus und Nachhaltigkeit, von Ökonomie und Ökologie und die Balance zwischen Bewahrendem und Fortschritt. Trotz vieler umstrittener Projekte erfuhr Winfried Kretschmann bereits wenige Monate nach der Landtagswahl 2011 in allen Regionen, bei beiden Geschlechtern gleichermaßen und in allen Alters-, Bildungs- und Berufsgruppen „bis tief ins Lager der Unternehmer und Manager hinein“ (Bollmann, Meck 2016: online) große Zustimmung – die Werte lagen bei bis zu 70 Prozent und erinnerten manchen an Angela Merkel. Dem Ministerpräsidenten wurde deshalb das „politische Merkel-Gen“ (Marguier 2016: online) zugesprochen; er habe die „Tefloneigenschaft, die Angela Merkel früher auszeichnete“ (Schmid in Schreckenbergs 2016: online).

Aus dieser Position heraus startete Winfried Kretschmann in den Wahlkampf zur Landtagswahl 2016. Früh legten sich die Grünen auf ihn als ihren Spitzenkandidaten fest, mit 96,8 Prozent gewählt konnte er sich auf den Rückhalt seines Landesverbands verlassen (vgl. Hupka 2015: 256). Auch aus

der Bundespartei war Unterstützung, nicht Widerspruch zu erwarten, wenngleich man seine pragmatische Politik dort, wie in Teilen seines Landesverbands, durchaus kritisch sah. Doch die baden-württembergischen Grünen hatten sich in den vorangegangenen fünf Jahren zu einer Regierungspartei entwickelt: Konflikte wurden nicht in der Öffentlichkeit ausgetragen, man trat geschlossen auf, Querschläger gab es nicht. Vor dem Hintergrund der außergewöhnlich hohen Beliebtheitswerte Kretschmanns ist es nicht verwunderlich, dass die Grünen – ganz Grünen-untypisch – uneingeschränkt auf einen Personen-Wahlkampf setzten. Der Slogan ‚Grün wählen für Kretschmann‘ war, ebenso wie der TV-Spot, der mit den Worten ‚Mein Name ist Winfried Kretschmann und ich bin ihr Ministerpräsident‘ endete, Teil einer passgenau auf Kretschmann und sein bürgerlich-konservatives Image zugeschnittenen Kandidaten-Kampagne. Zuvor zeigte der Spot den Ministerpräsidenten „in einer alten Werkstatt (...), wie er mit ehrwürdigem Holzwerkzeug sorgsam und präzise ein Brett bearbeitet. Man meint den Holzstaub zu riechen und den Leim und hört vom Schaffen von etwas, das bleibt. (...) In Berlin sind alterfahrene CDU-Wahlkampfmanager vor Ehrfurcht fast in die Knie gegangen vor der schlichten Raffinesse dieser politischen Heimatmesse“ (Birnbaum 2016: online). Denn wenngleich Kretschmanns Image nicht mithilfe von Beratern und Agenturen konstruiert werden musste, so wurde es im Wahlkampf doch taktisch ausgespielt. Der als „grün angestrichener Schwarzer“ (Borchard 2011: 98), als „grüner Erwin Teufel“ (Unfried 2011: online) und „Teufels wahrer Erbe“ (Hunger 2012: online) bezeichnete Kretschmann baute Brücken zu den CDU-Anhängern und ermunterte offen: „Es ist überhaupt nicht schlimm, wenn ihr dieses Mal mich wählt, auch wenn ihr sonst CDU-Anhänger seid. Ihr seid da bei mir gut aufgehoben“ (Brettschneider nach Götz 2016: online). Und sein Herausforderer?

Guido Wolf, ehemaliger Landrat, Bürgermeister und Richter, saß seit 2006 für die CDU im Landtag. 2011 zum Landtagspräsidenten gewählt, übte er sich – wie es dieses Amt mit sich bringt – in parteipolitischer Zurückhaltung, bis er Anfang 2015 zum CDU-Spitzenkandidaten gewählt wurde und seinen Posten abgab. Er hatte sich bei einem innerparteilichen Wettbewerb im Rahmen einer Mitgliederbefragung gegen den Berliner Politprofi Thomas Strobl durchgesetzt, der die Ämter des Landesvorsitzenden der CDU Baden-Württemberg, des stellvertretenden Bundesvorsitzenden der CDU und des stellvertretenden Vorsitzenden der Unionsfraktion im Bundestag innehatte. Wenngleich Wolf weniger Routine in der (partei)politischen Arena mitbrachte und im Vergleich zum erfahrenen Kretschmann ein „landespolitischer Newcomer“ (Hupka 2015: 260) war, so zeichnete er sich doch – gerade deshalb – durch ein anderes, entscheidendes Merkmal aus: er hatte weder berufliche noch private Verbindungen zu dem unbeliebten Ex-Ministerpräsidenten Stefan Mappus, während Strobl in dessen engem Umfeld gearbeitet hatte. Guido Wolf stand abseits der parteipolitischen Machtspiele, galt als „volksnah, offen und modern“ (dpa 2014: online), wenngleich auch nicht immer klar war,

wofür er politisch stand (vgl. Hupka 2015: 261). Durch seinen feinen Humor, einen Hauch von Unbekümmertheit und seine feste Verwurzelung in und tiefe Verbundenheit mit Baden-Württemberg sollte er die Wähler überzeugen (vgl. ebd.). Und diese Rechnung hätte aufgehen können. Wäre da nicht der „gleichsam über dem hässlichen Tagesgeschäft schwebende Winfried Kretschmann“ (Marquier 2016: online), der geradezu übermächtige Ministerpräsident gewesen. Und hätte die Kanzlerin in der Nacht auf den 5. September 2015 nicht entschieden, die Grenzen zu öffnen.

Wenngleich weder Guido Wolf noch Winfried Kretschmann Wahlkampf während der Flüchtlingskrise führen wollten, dürfte die CDU doch größere Sorgen gehabt haben. Denn eine Krise braucht einen Krisenmanager und ein solcher stammt gewöhnlich nicht aus der Opposition. Die einzige weitere Profilierungschance wäre ein glaubhafter Angriff gegen den Regierungschef gewesen, doch im Rahmen des Krisenmodus⁶ hatten Regierung und Verwaltung die Situation solide im Griff, „jedenfalls hat[te] die Opposition für den Wahlkampf keinen größeren Flüchtlingskandal aufturn können“ (Caspari 2016a: online). So behandelte Wolf Detailfragen wie die Ausgestaltung des Systems zur Umstellung von Geld- auf Sachleistungen, was beispielhaft war für seine Schwierigkeit, in der Flüchtlingsfrage entlang großer Linien die Anliegen der Bevölkerung aufzugreifen.

Je näher der Wahltag rückte und je tiefer die Prozente der Südwest-CDU fielen, desto nervöser wirkte Wolfs Gebaren in der Flüchtlingspolitik (vgl. z.B. Caspari 2016b: online; Soldt 2016d: online). In einer gemeinsamen Erklärung mit Julia Klöckner, der rheinland-pfälzischen CDU-Spitzenkandidatin, manifestierte er drei Wochen vor der Wahl seine schon zuvor wahrnehmbare Distanz zu Merkel. Die beiden Wahlkämpfer forderten in ihrem Papier⁷ eine härtere Linie in der Flüchtlingspolitik des Bundes sowie die Erwägung nationaler Lösungen – auch die fettgedruckte Zusicherung, dass man den Weg der Kanzlerin grundsätzlich unterstütze, konnte nicht über die scharfe Kritik hinwegtäuschen (vgl. o.V. 2016a: online). Die erhoffte Wirkung zeigte der Vorstoß indes nicht. Angela Merkel erteile den Forderungen eine Absage, Volker Kauder rief Wolf und Klöckner zur Ordnung, Günther Oettinger ließ vernehmen, „wenn CDU-Anhänger etwas nicht schätzten, dann sei das Verwirrung“ (Wieselmann 2016: online) und Winfried Kretschmann erklärte, „man dürfe Europa nicht zum Spielball im Landtagswahlkampf machen“ (o.V. 2016b: online). Zu der Erklärung befragt gaben 41 Prozent im Rahmen einer demoskopischen Untersuchung an, die Stellungnahme gegen Merkel sei richtig gewesen, 51 Prozent erachteten sie als falsch. Unter den CDU Anhängern war das Votum noch eindeutiger: nur 31 Prozent hielten sie für richtig, fast doppelt so viele, 59 Prozent, hielten sie für falsch (vgl. Infratest dimap 2016: Baden-Württemberg-TREND März). Das Bild, das der Südwest-Alleingang hinterließ – denn das Parteipräsidium war nicht eingeweiht, nicht einmal dessen

⁷ Die vollständige Erklärung kann unter <https://www.cdurlp.de/artikel/gemeinsame-erklaerung-von-julia-kloeckner-und-guido-wolf> abgerufen werden.

baden-württembergische Mitglieder (vgl. Birnbaum 2016: online) – konnte nicht mehr korrigiert werden: eine Woche vor der Wahl waren noch immer 44 Prozent der Baden-Württemberger – trotz entsprechender Beteuerungen – nicht überzeugt, dass Wolf die Merkel'sche Flüchtlingspolitik mittrug, die wiederum von einer Mehrheit der Bevölkerung befürwortet wurde (Muschel 2016: online). Einmal mehr hatte die CDU ihre innerparteiliche Zerrissenheit in der Flüchtlingspolitik demonstriert. Guido Wolf nahm in dieser Debatte keinen eindeutigen Standpunkt ein; seine Aussagen waren „ein fröhliches Sowohl-als-auch“ (Caspari 2016a: online) und er „laviert[e] beim zentralen Wahlkampfthema (...) [hilflos] zwischen Merkel/Kretschmann und der harten Linie eines Horst Seehofer hin und her – eine miserable Situation“, wie der Tübinger Politikprofessor Hans-Georg Wehling analysierte (Crolly 2016: online). Rückblickend gilt die Erklärung „vielen Christdemokraten, vor allem in Berlin, als schwerer Fehler“ (Friedmann 2016: online), als „schlicht der größte anzunehmende Unfall in diesem an Herausforderungen ohnehin reichen Wahlkampf“ (Wieselmann 2016: online).

Demgegenüber war es der Grüne Winfried Kretschmann, der sich in der Frage um den richtigen Weg in der Flüchtlingspolitik uneingeschränkt an die Seite Merkels stellte. Seine Unterstützung für die Kanzlerin tat der Ministerpräsident nicht nur in Reaktionen auf einzelne Ereignisse wie das Papier der CDU-Spitzenkandidaten kund, sie hatte auch einen festen Platz in seiner Wahlkampfrede, bei der es sich „um keine Wahlkampfrede im eigentlich Sinn [handelte]. Kretschmann erklärt[e] seine Politik im ganz großen Bogen. Pragmatischer Humanismus in der Flüchtlingskrise. Europäische Solidarität als oberste Priorität“ (Kelnberger 2016: online). Merkel war in seinem Narrativ die erfahrene Krisenmanagerin, die Europa in dieser ‚brandgefährlichen‘ Situation, dieser Frage ‚epochalen Ausmaßes‘ zusammenhalten kann. Sein Image als Kanzlerinnen-Versteher gipfelte in der Aussage des bekennenden Katholiken, er bete jeden Tag für die Gesundheit der Kanzlerin. Die CDU um Guido Wolf erkannte sehr gut, dass der Ministerpräsident auf diese Weise nicht nur sein persönliches Profil zu schärfen, sondern auch weit in schwarze Wählergründe vorzudringen wusste und so forderte der Spitzenkandidat laut Teilnehmerberichten in einer Vorstandssitzung „die Kanzlerin müsse sich gegen die verbalen Umarmungen des Grünen-Politikers öffentlich wehren“ und ein Mitglied wurde mit den Worten zitiert: „der Kretschmann stalkt Merkel doch geradezu“ (o.V. 2016c: online).

Doch keine der verbalen Spitzen gegen den Ministerpräsidenten konnte seine Popularität mindern. „Die Leute wollten Orientierung“, konstatierte Kretschmann einmal in einem Interview mit Blick auf die in der Flüchtlingspolitik gespaltene Union (Haselberger, Monath 2016: online) und tatsächlich war es das, was die Menschen an Kretschmann selbst so schätzten: „Einordnung und Erklärung in diesen unübersichtlichen Zeiten, (...) Politiker, denen [man] vertrauen [kann]“ (Kelnberger 2016: online), „klare Worte des Ministerpräsidenten: Wenigstens einer, der noch weiß, was richtig ist“

(Caspari 2016a: online). Auch über die – sicher dominierende – Flüchtlingspolitik hinaus schien zu gelten, was schon Cato wusste: *Ignotum tibi tu noli preponere notis* – bevorzuge nicht dir Unbekanntes vor Bekanntem (Cato, zit. nach Singer 1995: 26). In bester CDU-Manier appellierten die Grünen daran, keine Experimente zu wagen: Mit den Grünen wähle man Kretschmann und mit ihm nicht nur seine Person, sondern einen bürgernahen Politikstil, einen ökolibertären, pragmatischen Denkansatz und – insbesondere – eine konstante Orientierungsgröße. Er erfüllte damit die von der politikwissenschaftlichen Forschung formulierten Anforderungen an einen Kandidaten, der die Bürger erreicht, indem er politische Inhalte mit seiner Person verknüpft und Kontinuität sowie Orientierung bietet, um so die Identifikation mit abstrakter Politik zu ermöglichen (vgl. z.B. Jesse, Schubert 2006: online; Brettschneider 2005: 103, 111; Schoen, Weins 2005: 236f.; Brettschneider 2002: 142, 209f.; Zolleis, Kießling 2005: 48). Das dadurch geschaffene generalisierte *ex ante* Vertrauen schlägt sich – so die Theorie – in Wählerstimmen nieder.

Und diese Strategie schien aufzugehen. Im Februar waren 71 Prozent der von Infratest dimap befragten Baden-Württemberger mit seiner Arbeit zufrieden, nur 20 Prozent waren unzufrieden und 8 Prozent gaben an, Kretschmann nicht zu kennen oder nicht beurteilen zu können. Wolf dagegen kannten 33 Prozent der Befragten nicht bzw. trauten sich kein Urteil über ihn zu, 38 Prozent waren mit ihm unzufrieden und nur 27 Prozent zufrieden (vgl. Infratest dimap 2016: Baden-Württemberg-TREND Februar). Im März gaben 64 Prozent der Befragten an, bei einer Direktwahl des Ministerpräsidenten Kretschmann ihre Stimme zu geben, nur 17 Prozent hätten sich für Wolf entschieden. Selbst unter den CDU-Anhängern hätte der amtierende Regierungschef eine Mehrheit von 45 zu 37 Prozent gehabt, in der Anhängerschaft keiner Partei lag Wolf vor Kretschmann (vgl. Infratest dimap 2016: Baden-Württemberg-TREND März). Auch hinsichtlich konkreter Attribute konnte Wolf Kretschmann in den Augen der Wähler nicht das Wasser reichen: 64 Prozent erachteten den Grünen als sympathischer, 45 Prozent als glaubwürdiger und 35 Prozent als sachverständiger. Nur 5 Prozent befanden, dass Wolf sympathischer sei, 3 Prozent hielten ihn für glaubwürdiger und 6 Prozent trauten ihm mehr Sachverstand zu. So verwundert es nicht, dass bei der Landtagswahl 2016 letztlich 48 Prozent der Grünen-Wählern ihre Entscheidung aufgrund des Spitzenkandidaten trafen – ein Zuwachs von 41 Prozent im Vergleich zu 2011 (!) – während unter den CDU-Wählern nur 14 Prozent kandidatenorientiert entschieden (vgl. Infratest dimap Wahltagsbefragung 2016).

4.2.2 Einfluss der Issue-Orientierung

In der Konzeption des sozialpsychologischen Modells zur Erklärung des Wahlverhaltens beeinflusst die Issue-Orientierung die Wahlentscheidung in zweierlei Hinsicht: einerseits durch die retrospektive Betrachtung der vergangenen Legislaturperiode, woraus eine Beurteilung der Regierung resultiert

und andererseits durch die Identifizierung wichtiger Themen und der prospektiven Eruierung der sachpolitischen Standpunkte sowie der Kompetenzen der Parteien hinsichtlich dieser Politikfelder.

Anders als bei den vorangegangenen 14 Wahlen zum baden-württembergischen Landtag trat die CDU 2016 aus der Opposition heraus an. Damit war ihre Ausgangsposition hinsichtlich der retrospektiven Leistungsbewertung weit schwieriger, als die der Grünen, die aus der Regierung heraus in den Wahlkampf starteten. Durch die Regierungsarbeit boten sich dem Wähler zahlreiche Anhaltspunkte für eine Bewertung konkreter politischer Arbeit und den Grünen folglich größere Profilierungschancen. Demgegenüber musste die CDU nicht nur beweisen, dass sie es gut machen, sondern auch, dass sie es besser machen würde und mit Alternativkonzepten ohne Evidenz punkten. Dieses Unterfangen gestaltete sich aufgrund der fehlenden Wechselstimmung besonders schwierig. Denn die Zufriedenheitswerte mit der Regierung, die sich kurz vor der Landtagswahl 2011 auf einem historischen Tiefstand befanden, stiegen seit dem Regierungswechsel kontinuierlich, blieben ab Mitte 2012 konstant hoch und verbesserten sich kurz vor der Landtagswahl noch einmal. Im März 2016 waren 65 Prozent der Befragten mit der Arbeit der grün-roten Landesregierung zufrieden oder sehr zufrieden, selbst unter den CDU-Anhängern lag die Zufriedenheit bei 60 Prozent. Die CDU dagegen „hat[te] aus der Sicht der Wahlberechtigten keine gute Oppositionsarbeit geleistet“ (Roth 2015: 272). Und so wünschten sich wenige Tage vor der Wahl 51 Prozent der Befragten weiterhin eine grün-geführte Landesregierung und nur 34 Prozent hofften auf eine CDU-Führung (vgl. Infratest dimap 2016: Baden-WürttembergTREND März). Auch befanden 74 Prozent der Befragten, Baden-Württemberg sei auf die Zukunft eher gut vorbereitet (vgl. Forschungsgruppe Wahlen 2016) und die Zahlen des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg zeigten kurz vor Ende der Legislaturperiode noch dazu „eine durchaus stabile, in Teilen verbesserte Wirtschaftslage“ (Roth 2015: 268; vgl. Statistisches Landesamt BW 2015) im Land.

Im Kontext dieser bemerkenswert positiven retrospektiven Beurteilung der amtierenden Regierung mussten Grüne und CDU nun ihre Themen positionieren und versuchen, mit ihren Visionen für das Land zu überzeugen. Wenig überraschend war das herausragende Thema im Vorfeld der Landtagswahlen die Flüchtlingspolitik. Im Februar gaben 56 Prozent der Befragten an, dies sei für Ihre Wahlentscheidung besonders wichtig. Darauf folgte mit 44 Prozent der Komplex Wirtschaft und Arbeit und mit 37 Prozent Soziale Gerechtigkeit. Der Klassiker unter den landespolitischen Themen, die Bildungspolitik, war für 34 Prozent der Befragten besonders relevant, das Thema Umwelt und Energie – bei der Landtagswahl 2011 noch wahlentscheidend – rückte stark in den Hintergrund (vgl. Infratest dimap 2016: Baden-WürttembergTREND Februar). Am Wahltag gaben 69 Prozent der Befragten an, das zu diesem Zeitpunkt wichtigste Problem sei die Flüchtlingspolitik, zudem nannten 27 Prozent die Bildungspolitik, 11 Prozent die Verkehrs- und 7 Prozent die Umweltpolitik. Somit

lässt sich die Flüchtlingspolitik als wahlentscheidendes Politikfeld identifizieren, das als Valenz-Issue durch seine starke Polarisierung das Potenzial hatte, unabhängig von Kandidat und Partei eine Abweichung von der Normalwahl herbeizuführen. Auf diesem Themengebiet wurde den Grünen am Wahltag die meiste Kompetenz zugeschrieben, sie lagen mit 27 Prozent deutlich vor der CDU mit 19 Prozent.

Mehr Kompetenz als der CDU wurde den Grünen außerdem in den Politikfeldern Verkehrs- und Umweltpolitik zugeschrieben, die CDU lag dagegen in den Schlüsselbereichen Wirtschaft und Bildung vorne (vgl. Forschungsgruppe Wahlen 2016: online). Grundsätzlich wurden die Grünen in allen wichtigen Politikfeldern, insbesondere auf dem Gebiet der Wirtschaft, kompetenter eingeschätzt als noch 2011, während die CDU in diesen Bereichen durchweg Kompetenzzuschreibung einbüßte (Tagesschau 2016: online). Sie konnte insofern „keine inhaltliche Alternative zur Regierung anbieten“ (Roth 2015: 272), als dass sie in ihrer Zeit als Opposition keine sichtbare Vision für das Land entwickelte, während die Grünen mit ihren Vorstellungen einer wertegeleiteten Flüchtlingspolitik, der Verbindung von Ökonomie und Ökologie sowie dem Zukunftsthema Digitalisierung das Gesamtbild einer konservativen, aber dennoch fortschrittlichen Partei zeichneten.

Für das Wahlergebnis beider Parteien war die Issue-Orientierung ähnlich entscheidend: 44 Prozent der Grünen- als auch der CDU-Wähler gaben an, ihre Wahlentscheidung aufgrund von Sachfragen getroffen zu haben (vgl. Infratest dimap Wahltagsbefragung 2016). Einschränkend ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Themenkompetenzen nicht zwangsläufig neutral, im Sinne einer Rational Choice Wahl, beurteilt, sondern mitunter stark gefärbt wahrgenommen werden, wie unter anderem Untersuchungen des amerikanischen Psychologen Drew Westen zeigen: Offenbar ziehen „Partei-gänger, die bedrohliche Informationen (im Sinne kognitiver Dissonanz) erhalten, mit großer Wahrscheinlichkeit emotional verzerrte Schlussfolgerungen“, deren „neuronalen Fußspuren“ sich auch verfolgen lassen (Westen 2012: 13). Insgesamt korrelieren diese Ergebnisse stark mit der Aussage von Pappi und Shikano, bis zu 25 Prozent der Differenz zwischen der eigenen Position und der des bevorzugten Kandidaten könnten allein durch den Faktor der Parteiidentifikation „hinwegprojiziert“ (Pappi, Shikano 2007: 42) werden, dessen Einfluss auf das Wahlergebnis der Landtagswahl 2016 im folgenden Kapitel untersucht wird.

Zusammenfassend lässt sich also festhalten, dass keine der Parteien die prospektive Beurteilung klar für sich entscheiden kann. Den Grünen wird jedoch in Bezug auf die Flüchtlingspolitik, die als wichtigstes Problem erachtet wird und ein polarisierendes Positions-Issue mit Potenzial zur Abweichung von der Normalwahl darstellt, mehr Lösungskompetenz als der CDU und auf allen Gebieten mehr Kompetenz als noch 2011 zugesprochen. Die retrospektive Beurteilung der grün-geführten Regie-

rung fällt zudem äußerst positiv aus, die CDU dagegen muss sich durch Oppositionsarbeit profilieren und kann schwerlich auf ihre letzte Regierungszeit verweisen, da diese mit historisch schlechten Zufriedenheitswerten endete. Dass die Mehrheit der Baden-Württemberger das Land für die Zukunft gut aufgestellt sieht und sich die wirtschaftliche Lage positiv entwickelt hatte, schwächt die Position der CDU zusätzlich.

4.2.3 Einfluss der Parteiidentifikation

Stehen im Fokus der wissenschaftlichen, journalistischen wie gesellschaftlichen Betrachtung von Wahlergebnissen zumeist die beiden kurzfristig wirkenden Einflussfaktoren des sozialpsychologischen Modells der Wählerforschung, liegt das Augenmerk im Folgenden auf dem Faktor der langfristigen Parteiidentifikation sowie den dieser vorgelagerten politisch-kulturellen wie soziostrukturellen Gegebenheiten. Zwar muss eine detaillierte Darstellung der politischen Kultur Baden-Württembergs und ihrer Folgen für die historische Genese der baden-württembergischen Parteienlandschaft aus Platzgründen entfallen;⁸ weil Parteiidentifikation und Wahlverhalten jedoch „eingebettet in die politische Kultur einer Region [und] insofern immer auch historisch begründet [sind]“ (Wehling, Wehling 2007: 14) und der Erfolg von Parteien folglich eng an ihre Kongruenz mit den jeweiligen politisch-kulturellen und soziostrukturellen Verhältnissen geknüpft ist (vgl. Wehling 2011: 1), sollen diese Aspekte bei der folgenden Betrachtung der Parteienlandschaft und der Verteilung der Parteibindungen besondere Berücksichtigung finden. Erst dadurch werden aktuelle Ereignisse aus der weiteren Perspektive einer *longue durée* (Braudel 1977) verstehbar, offenbart sich ihre Bedeutung, Relevanz und Neuartigkeit, können *Konstanz und Wandel* (Wehling 2011) aufgezeigt und nicht nur die Momentaufnahme des Wahlergebnisses in den Blick genommen werden.

Die größte Konstante im baden-württembergischen Parteiensystem bildet zweifellos die jahrzehntelange Vormachtstellung der CDU. Seit 1953 stellte sie ununterbrochen den Ministerpräsidenten – nicht einmal die CSU in Bayern führte die Amtsgeschäfte in der Staatskanzlei so lange: Von 1954 bis 1957 unterbrach der Sozialdemokrat Wilhelm Hoegner die Regentschaft der Christsozialen. Wie aber ist diese Dominanz der Südwest-CDU zu erklären?

In einer Analyse der Entwicklung des baden-württembergischen Parteiensystems diagnostiziert Ulrich Eith bereits nach einer formativen Phase in den 1950er und 1960er Jahren den *Aufstieg der CDU zur „Landespartei“* (vgl. Eith 2004: 219ff.) und benennt zugleich die strukturellen Rahmenbedingungen im Südwesten als wesentliche Ursache: „Der im Südwesten mit aller Macht ausgetragene Kulturkampf hat einen stabilen politischen Katholizismus hervorgebracht, der im (Nord)-

⁸ Siehe für eine ausführliche Analyse der politischen Kultur Baden-Württembergs (sowie auch unterhalb der Landesebene) und ihre Folgen für Parteiensystem und Wahllandschaft: Wehling 2002; 2004; 2006; 2011 sowie Weber 2011.

Württembergischen vorherrschende pietistische Protestantismus stützte altliberale, konservative Milieus und die verspätete Industrialisierung zusammen mit der kleinräumigen Siedlungsstruktur verhinderten letztlich die Entstehung einer großstädtischen Industriearbeiterschaft“ (Eith 2008: 120). Schnell wird offenbar, dass auch in Baden-Württemberg die großen *Cleavages* nach Lipset und Rokkan prägend waren,⁹ allen voran der dominante Gemeindetypus, die Wirtschaftsstruktur und die konfessionelle Bindung.

Über eineinhalb Jahrhunderte entwickelte sich aus dem soziostrukturellen Merkmal der Konfession heraus insbesondere in den katholisch-konservativ geprägten ländlichen Regionen eine Wählertradition, auf deren Basis die CDU unter Hans Filbinger und Lothar Späth gar die absolute Mehrheit gewann (vgl. Wehling, Wehling 2007: 15).¹⁰ Ausgehend von der bürgerliche Parteien begünstigenden Sozialstruktur Baden-Württembergs, und einhergehend mit der relativen Schwäche der SPD verstand es die CDU zugleich, als klassen- und konfessionsübergreifende Sammelpartei unterschiedliche Milieus an sich zu binden. Die Dominanz der Christdemokraten kann damit einerseits als „naturwüchsig“ (ebd.: 103) bezeichnet werden, weil die im Land dominanten Wählertraditionen die CDU begünstigen; andererseits trug die CDU vor allem durch ihre Selbststilisierung zur *Baden-Württemberg-Partei* auch aktiv dazu bei, sich als erfolgreichste sowie flächendeckend mitglieder- und organisationsstärkste Partei der Mitte und Mehrheitsmentalität (vgl. Grotz 2004: 37) zu etablieren. So erreichte sie eine hohe positive Identifikation zwischen Landesbewusstsein und Parteidentität nicht nur durch die Reklamation des wirtschaftlichen Wohlstands als Ergebnis der eigenen Landespolitik, sondern insbesondere durch einen ausgeprägten föderalen Charakter (vgl. Schmid, Zolleis 2002: 84). Der Erfolg der CDU gründete folglich einerseits auf einer „sorgsam ausgewogenen Berücksichtigung der politischen Interessen im Koordinatensystem von Konfessionen, sozialer Lage und territorialen Zugehörigkeiten“ (Eith 2015: 253), andererseits aber auch auf der „Profilierung als Landespartei, mit Hilfe eines Ministerpräsidenten in der Rolle des Landesvaters und auf der Grundlage einer beachtlichen Leistungsbilanz“ (Wehling, Wehling 2007: 21). Prognostizierte jedoch Claus-Peter Grotz im Jahre 2004 noch ein Anhalten dieses Erfolges und formulierte: „Ein Ende des christdemokratischen Zeitalters im deutschen Südwesten ist nicht in Sicht“ (Grotz 2004: 71), muss die Eith'sche Analyse wohl spätestens mit den Wahlergebnissen von 2011 und 2016 um eine weitere Phase *Erosion der CDU-Dominanz und Aufstieg der Grünen* ergänzt werden, denn: Der alte Jahrhundertvertrag des Landes mit der CDU schien gebrochen, die „strukturelle Mehrheit“ (Wehling 2006: 30) der Christdemokraten im Südwesten für einen Wahlsieg nicht (mehr) auszureichen.

⁹ *Cleavages* nach Lipset, Rokkan (1967): Kirche vs. Staat / Kapital vs. Arbeit / Zentrum vs. Peripherie / Stadt vs. Land.

¹⁰ Demgegenüber hatte das Pendant ‚Gewerkschaftsbindung – SPD‘ durch das weitgehende Fehlen einer klassischen Industriearbeiterschaft wenig Bedeutung: schon soziostrukturell bedingt rangierte die SPD in der Folge stets unter dem Bundesdurchschnitt (vgl. Gabriel, Bauknecht 2011: 130).

Was war passiert? Zunächst ist zu beachten, dass die genannten politisch-kulturellen und sozioökonomischen Ausgangsbedingungen nicht etwa Zwangsläufigkeiten begründen, sondern nur „Parteipotenziale“ markieren (Wehling 2004: 216), es also keinesfalls einen Automatismus gibt, der diese auch in Wählerstimmen verwandelt. Es ist für Parteien folglich von elementarer Bedeutung, diese Potenziale „zu pflegen, zu mobilisieren, strategisch für sich weiter zu entwickeln oder gar langfristig zu ihren Gunsten zu ändern“ (ebd.: 217), sie also durch zielgerichtetes politisches Handeln auszuschöpfen (vgl. Eith 2015: 248). Dass dies der CDU in zunehmendem Maße misslingt, hat sicher vielfältige Gründe, mitunter jedoch auch zwei sehr grundlegende Ursachen: Den allgemeinen Rückgang der Parteiidentifikation und das Erstarken der Grünen in Baden-Württemberg.

Allgemeiner Rückgang der Parteiidentifikation

Ein erster Hinweis auf eine Änderung in der Beziehung zwischen Partei und Bürger zeigt sich bereits bei einer Betrachtung der formalen Bindung mittels tatsächlicher Mitgliedschaft, denn: die langfristige Mitgliederentwicklung der Südwest-CDU ist seit ihrem Höhepunkt Mitte der 80er Jahre von einem kontinuierlichen Rückgang gekennzeichnet. Zählten die Christdemokraten im Jahre 1984 noch rund 96.900 Mitglieder, schrumpfte die Zahl auf rund 67.650 im November 2015 – was zwar noch immer dem 7,5-fachen der Grünen, 1,5-fachen der SPD oder 10-fachen der FDP entspricht, aber nichtsdestotrotz einen Verlust von rund 30 Prozent bedeutet (vgl. Grotz 2004: 54; dpa 2015: online).

Mitgliedschaft und Wahlverhalten stehen freilich in keinem notwendigen Bedingungsverhältnis; dennoch lassen die angeführten Zahlen auf einen Rückgang der Parteibindung schließen. Ursächlich hierfür sind gesellschaftliche Wandlungsprozesse, durch welche die jahrzehntelang klar abgegrenzten traditionellen sozialen Klassen und Milieus erodierten und damit einhergehend Ausmaß und Intensität der langfristig stabilen Bindungen zwischen sozialen Großgruppen und den großen Volksparteien zurückgingen. Beispielhaft lässt sich dies an den Zahlen zum Wahlverhalten nach Konfession illustrieren: Wählten 2006 noch rund 56 Prozent der Katholiken die CDU, gaben ihr 2011 noch 49 Prozent und 2016 lediglich 35 Prozent ihre Stimme (wobei ein ähnlicher Rückgang auch bei den Protestanten zu konstatieren ist: 2006: 40 Prozent, 2011: 37 Prozent, 2016: 26 Prozent). Demgegenüber können die Grünen in beiden Konfessionsgruppen zulegen, bei den Protestanten von 12 Prozent im Jahre 2006 auf 31 Prozent im Jahre 2016, bei den Katholiken gar von nur 9 Prozent im Jahre 2006 auf 30 Prozent im Jahre 2016 (vgl. Infratest dimap Wahlreport 2006; Wahltagsbefragung 2016). Als mitverantwortlich hierfür kann auch ein grundlegender Wertewandel, sowie die Individualisierung und Pluralisierung der Lebensstile angesehen werden, die ihrerseits zu einem hohen Ausmaß elektoraler Volatilität führen. Diese spiegelt sich nicht zuletzt auch im Zeitpunkt der Wahlentscheidung: Zwar fiel die Entscheidung der meisten CDU-Wähler vergleichsweise früh (44 Prozent entschieden

sich schon vor längerer Zeit), jedoch sank die Zahl derer, die immer CDU wählen und damit eine langfristige Parteibindung besaßen deutlich von 23 auf 16 Prozent. Zugleich trafen 37 Prozent ihre Entscheidung erst in den letzten Tagen bzw. am Wahltag selbst.

Mit einem gestiegenen Bildungsgrad,¹¹ der Rundum-Information durch die Massenmedien und der programmatischen Annäherung der Parteien schwindet zudem der Nutzen der Parteibindung, da das Bedürfnis nach stereotypen Erklärungsmustern für politische Vorgänge, denen die Parteiidentifikation zuzurechnen ist, abnimmt. Spiegeln sich diese tiefenstrukturellen Veränderungen ganz allgemein im Trend des *dealignment*, spielen sie für die (Südwest-)CDU eine besondere Rolle: Sie war es, die über Jahrzehnte hinweg am meisten von den stark ausgeprägten traditionellen Parteibindungen profitierte – doch ist auch sie es, die angesichts einer Spaltung des bürgerlichen Lagers nach Generationen, Lebensstilen und Wertvorstellungen, welche zuvor die Klammer bildeten, am meisten verlor, denn: „Eine normative Integrationsformel existierte jetzt nicht mehr, die das neu heterogenisierte Bürgertum noch hätte einigen und christdemokratisch sammeln können“ (Walter 2011: 135). Schwächer ausgeprägt als erwartet, aber doch erkennbar, spiegeln sich diese Erkenntnisse schließlich auch in den konkreten Zahlen zur *langfristigen Parteiidentifikation*:

Parteiidentifikation

	1992	1996	2001	2006	2011	2016
CDU	31,6	33,7	32,5	33	33	34
Grüne	5,2	9,0	6,8	8,1	9	13

Quelle: Gabriel, Bauknecht 2011: 136, Tab. 4, sowie Infratest dimap Wahltagsbefragung 2016.

Demnach ist zwar zumindest innerhalb der CDU-Wählerschaft die Zahl der CDU-Wähler, die vornehmlich wegen ihrer Parteibindung an die Urne, treten langfristig stabil. Errechnet man jedoch die absoluten Zahlen, ergibt sich ein Abgang von etwa 149.000 parteigebundenen Wählern, was rund 30,1 Prozent ihres Gesamtverlustes von 496.663 Wählern entspricht. Der Anteil der strukturell abgesicherten Stammwähler an der Gesamtwählerschaft kann damit zwar auch bei dieser Wahl noch nachgewiesen werden; der „kleinere, aber doch recht stabile Sockel“ (Roth 2105: 265) reicht allerdings ganz offensichtlich nicht ohne Weiteres für einen Wahlsieg, zumal die CDU selbst in ihrer Kernwählerschaft an Rückhalt verliert: Zwar hat sie nach wie vor die älteste Wählerschaft (nur 18,5 Prozent der Wähler sind unter 35, dafür aber 43,2 Prozent jenseits der 60), doch selbst diesen aufgrund seiner überdurchschnittlichen Wahlbeteiligung (2016: 70 Prozent) normalerweise „maßgeben-

¹¹ Mit der Bildungsrevolution ging auch ein Wertewandel einher, der ein neues Bildungsbürgertum prägte, das sich seit den 1980ern vor allem an den Grünen orientierte. Dies zeigt sich auch bei der Landtagswahl 2016: So wählen Wähler mit einem hohen Bildungsabschluss mit 35 Prozent nach wie vor bevorzugt Grüne (CDU 24 Prozent) (vgl. Infratest dimap Wahltagsbefragung 2016).

den Sockel für die Union im Land“ (Roth 2015: 266) können die Christdemokraten nicht halten: Während die CDU gerade in der beteiligungsstarken Altersgruppe der Über-60-Jährigen um 19 Prozentpunkte auf 31 Prozent einbricht, können die Grünen mit 28 Prozent (+14 Prozent) deutlich aufholen (vgl. Statistisches Landesamt BW 2016b: online). Ein weiteres Problem zeigt schließlich die Betrachtung der Stimmenanteile nach Gemeindegrößenklassen. Über ihrem landesweiten Ergebnis liegt die CDU hier mit 30,8 Prozent nur in kleineren Gemeinden unter 10.000 Einwohnern. Schon in Gemeinden über 50.000 Einwohnern erreicht sie hingegen nur noch 23,8 Prozent, am deutlichsten unter ihrem Landeswert liegt sie mit 20,7 Prozent in Großstädten ab 100.000 Einwohnern (vgl. Statistisches Landesamt BW 2016a: 20). Deutlich tritt hier die geringe Anschlussfähigkeit der CDU an die Lebenswelten von Wählern in Großstädten hervor – ein Problem, das sich auf kommunaler Ebene (Stuttgart, Freiburg, Tübingen) schon länger hatte beobachten lassen.

Vor den hier skizzierten Hintergründen erscheint es nicht verwunderlich, dass die CDU lediglich von der SPD (+13.000) gewinnen konnte, im Saldo jedoch sehr deutlich an die AfD (-190.000) und die Grünen (-107.000) verlor (vgl. Infratest dimap Wahltagsbefragung 2016). Während eine Aufarbeitung des Verlustes an die AfD hier rahmensprengend wäre,¹² soll mit dem starken Abschneiden der Grünen im Folgenden eine zweite grundlegende Ursache für die Schwäche der CDU im Fokus stehen.

Erstarken der Grünen in Baden-Württemberg

Obleich der große Erfolg der Grünen gemeinhin Winfried Kretschmann zugerechnet wird, scheinen sich die baden-württembergischen Grünen auch insgesamt als glaubhafte und wählbare Alternative zur CDU im Land etablieren zu können (vgl. Wehling 2011: 7). Ursächlich für die bipolar grün-schwarze Konkurrenzsituation ist ein sozialer, kultureller und politischer Wandel zugunsten der Grünen, die von ihrem Parteichef in der Folge gar zur neuen Baden-Württemberg-Partei ausgerufen wurden (Kretschmann 2015: online) und der CDU zugleich selbst in ihren Hochburgen den Rang ablaufen. Damit bestätigt sich zugleich die bereits angesprochene strukturelle Schwäche der SPD, die in der Auseinandersetzung quasi nicht stattfindet (Soldt 2016b: online).

Für den Wahlerfolg der Grünen entscheidend waren dabei natürlich zum einen klassische grüne Wählerschichten. Auch die aktuellen Ergebnisse bestätigen die Grünen als „Volkspartei der Akademiker und Dienstleister“ (Weber 2016: 11) und „Milieupartei des urbanen Bildungsbürgertums“ (Eith 2015: 254), deren typisches Wählerklientel – überwiegend jung, formal hoch gebildet, politisch

¹² Eine ausführliche Darstellung des Erstarkens der AfD findet sich u.a. bei Häusler, Alexander (2016): Die Alternative für Deutschland: Programmatik, Entwicklung und politische Verortung. Wiesbaden: Springer VS. Für die Analyse der Lage der CDU ist indes festzuhalten, dass sie sich infolge des Erstarkens der AfD insbesondere durch die Flüchtlingspolitik in einer Zwickmühle zwischen Grünen und AfD befand, die an beiden ‚Rändern‘ Wähler abziehen drohten.

interessiert, postmaterialistisch ausgerichtet, liberal-individualistisch nach Selbstverwirklichung strebend, gutverdienend und umweltbewusst – sich in den Großstädten ballt und durch ein Lebensgefühl auszeichnet, das die Grünen in besonderer Weise aufnehmen (vgl. Borchard 2011: 97; Gänzle 2004: 139; Weber 2011: 108; Wehling 2011: 7).¹³ Und da neben den klassischen Konfliktlinien mit hin das Lebensgefühl für die parteipolitische Positionierung prägend ist, vermögen es die Grünen auf diese Weise durch politische Milieubildung ihre fehlende historisch gewachsene strukturelle Basis auszugleichen.

Über ihre traditionellen Wählermilieus hinaus konnten die Grünen bei der letzten Landtagswahl jedoch zum anderen in hohem Maße auch Wählergruppen an sich binden, die traditionell der christdemokratischen Kernklientel zuzurechnen sind.¹⁴ Entscheidend für die große Zahl an Parteiwechsellern ist dabei offenbar die – sowohl in der Zielsetzung, als auch der Wählerschaft – große Nähe zwischen den baden-württembergischen Grünen und der Südwest-CDU, die bei Kommentatoren in der Aussage gipfelte: „Kurzum: Schwarz ist das neue Grün“ (Weimer 2016: online). Nimmt man die politisch-kulturelle und soziostrukturelle Dimension in den Blick, lässt sich diese – zugegebenermaßen sehr zugespitzte Aussage – an mehreren Faktoren begrifflich machen, die mitunter auch die zwischen Grünen und CDU offenbar existente „semipermeable Membran“ (Borchard 2011: 98) erklären könnten, die 2011 und 2016 im Saldo einen Strom von knapp 200.000 Wählern von der CDU zu den Grünen ermöglichte (vgl. Infratest dimap Wahltagsbefragung 2016).

Sind die Landesgliederungen der Parteien schon prinzipiell pragmatischer bzw. realpolitischer ausgerichtet als die jeweiligen Bundesparteien, trifft dies in besonderem Maße auf die baden-württembergischen Grünen zu. Vertrat schon die erste sechsköpfige parlamentarische Gruppe um Wolf-Dieter Hasenclever und Winfried Kretschmann das „realpolitische Zentrum der Landespartei“ (Gänzle 2004: 130), erwarben sich die traditionell eher unideologisch und regierungsorientiert agierenden Grünen den Ruf als „Ober-Realos“ (Eilfort 2004: 33) – in einem Land bodenständiger politischer Kultur kein Nachteil, wie Umfragen zeigen: Nicht nur befinden 60 Prozent der Wähler, die baden-württembergischen Grünen stünden für eine andere Politik als ihre Bundespartei, die Landespartei hat auch eine signifikant höhere Reputation als die Grünen auf Bundesebene (Bewertung:

¹³ Unter anderem bestätigen Zahlen zum Wahlverhalten nach Bildung den Grünen einen überdurchschnittlichen Akademikeranteil (Hochschulabschluss: 37,5 Prozent), Angaben zum Wahlverhalten nach Alter zeigen, dass die Grünen v.a. bei jungen Wählern beliebt sind (27 Prozent) und eine Aufstellung der Zahlen nach Gemeindegröße bescheinigt den Grünen die stärksten Ergebnisse in Großstädten ab 100.000 Einwohnern (34,6 Prozent). Darüber hinaus kommt mittlerweile die Hälfte ihrer Wählerschaft aus der Gruppe der über 35-Jährigen Männer und Frauen mit hohem Bildungsgrad, die insgesamt etwas über ein Drittel der Gesamtwählerschaft ausmacht (bei 45-59-Jährigen: 37 Prozent) (vgl. Statistisches Landesamt BW 2016a: 20; Infratest dimap Wahltagsbefragung 2016).

¹⁴ Statistisch anführen lassen sich hier neben Grünen-Gewinnen in CDU-Städten wie Böblingen oder Baden-Baden bspw. Zugewinne in der Gruppe der Über-60-Jährigen (+14), sowie insbesondere der bereits angeführte beachtliche Zuwachs in beiden Konfessionsgruppen (evangelisch: 2006 - 12 Prozent, 2016 - 31 Prozent / katholisch: 2006 - 9 Prozent, 2016 - 30 Prozent) (vgl. Statistisches Landesamt BW 2016a: 24; Infratest dimap Wahltagsbefragung 2016).

Land 2,0 / Bund 0,8) (vgl. Neu 2016: 7f.). Doch nicht nur die realpolitische Ausrichtung der Landesgrünen macht sie für eine breite Masse wählbar; vor allem mit der bereits angesprochenen Nähe zur seit Jahrzehnten dominanten CDU lässt sich das „Volkspartei-Ergebnis“ (Elmer, Hebel, Kalinowski 2016: online) der Grünen erklären.

Die erste Ebene der Übereinstimmung zwischen CDU und Grünen liegt in ihrer Zielrichtung, denn in vielerlei Hinsicht haben die als „strukturkonservativ“ (Petersen 2011: 116) geltenden Grünen „das Erbe der CDU übernommen“ (Walter 2011: 136). Schnittmengen finden sich dabei ganz grundlegend, denn die Südwest-Grünen sind „bisweilen wertkonservativ und genauso aus einem ökologischen wie aus einem christlichen Humanismus gespeist wie manch konservativer CDU-Wähler, dem an der Bewahrung der Schöpfung liegt“ (Weber 2011: 108). Der Einsatz für die Bewahrung der Schöpfung gehören daher ebenso zu den Gemeinsamkeiten, wie die Betonung von Nachhaltigkeit und eine grundsätzliche Stetigkeit, die allesamt im zentralen Wahlkampflogan ‚Grün aus Verantwortung‘ zusammenfinden. Ohnehin ist der Umweltschutzgedanke gerade der CDU-Wählerschaft leicht zu vermitteln: „Wer jede Woche zum Besen greift und Kehrwoche macht, dem ist auch klarzumachen, dass man die Umwelt sauber halten muss“ (Weber 2016: 11). Die Grünen schaffen damit die „Verbindung von Konservatismus und Ökologie“ (Wehner 2012: 152) und so wird die Ökologie „zur Ersatzreligion, das ‚ö‘ zum neuen ‚e‘ und erst dies macht es Kretschmann möglich, (...) die Grünen gegen eine modernisierungsunfähige CDU als ‚neue Baden-Württemberg-Partei‘ zu feiern“ (Seils 2016: online).

Vor allem aber zeigen sich die inhaltlichen Schnittmengen am Werben um dieselbe Klientel. Stammten die Grünen in Baden-Württemberg schon in der ersten Generation aus bürgerlichen Elternhäusern, ist inzwischen „keine Partei in soziologischer Perspektive bürgerlicher als die Grünen“ (Walter 2011: 136). Die journalistischen Kommentare lesen sich entsprechend: „Wertkonservativ und volkshnah – In Baden-Württemberg verkörpern die Grünen das Bürgertum“ (Hunger 2012: online) heißt es dort und tatsächlich sind die Grünen zunehmend nicht nur eine Partei der Universitätsstädte, sondern auch des ländlichen Raums, wo sie teilweise bis zu 10 Prozent zulegen konnten (vgl. Soldt 2016b: online). Diese Entwicklung mag verwundern, ist jedoch nicht überraschend: Sehr wörtlich sind die realpolitischen Grünen Töchter und Söhne (ehemaliger) CDU-Mandatsträger oder -Anhänger (vgl. Wehling 2011: 6) und so ist es nicht selten, dass „Landwirtssöhne, deren Eltern brave CDU-Wähler waren, heute wirtschaftlich erfolgreiche Ökohöfe [führen]“ (Soldt 2016f: online). Was als Einzelfall vernachlässigbar erscheint, ist in der Summe durchaus relevant, bedenkt man, dass es vor allem Veränderungen in der Generationenabfolge sind, die für die politische Kultur maßgeblich prägend sein können (vgl. Mielke 2016: 171). Und so starb vor neun Jahren Hans Filbinger exemplarisch für „eine ganze Generation, die nie Grün gewählt hätte, unter keinen Umständen. Ihre

Kinder dagegen sind eine Generation, die nur dachte, sie würde nie Grün wählen“ (Dahlkamp, Kaiser 2013: online).

Der vielfache Wechsel ehemaliger CDU-Wähler zu den Grünen scheint auch begründet zu liegen in dem unterschiedlichen Grad, in dem die beiden Parteien es schaffen, die (neue) bürgerliche Mitte der Gesellschaft anzusprechen.¹⁵ Während es den Grünen dabei anscheinend gelingt, die Wähler mit einer „Kombination aus Wertorientierung und Innovationsbereitschaft“ (Weber 2011: 104) anzusprechen, hat es die CDU in der Oppositionszeit offenbar versäumt, „moderner, urbaner und weiblicher“ (Wehling in Cvrlje 2016: online) zu werden und so „das traditionelle Werteverständnis in eine neue Zeit zu übersetzen“ (Schmid / Zolleis 2002: 82). Gerade die daraus entstehende „Trias aus Pragmatismus, Modernisierung und konservativen Wertvorstellungen“ (ebd.: 85), die erst eine „Flexibilität gegenüber neuen Herausforderungen und angesichts des sich wandelnden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umfelds“ (Wehling, Wehling 2007: 21) möglich macht, findet der sie suchende bürgerliche Mittelstand nun jedoch offenbar bei den Grünen, welche ihrerseits aktiv um die volatile Wählerschaft (der Großstädte) werben. Gerade aus einer politisch-kulturellen und soziologischen Perspektive, die auch die (gesunkenen) Parteibindungen in den Blick nimmt, ist es daher nicht zuletzt dieser (fehlende) Spagat zwischen Tradition und Modernisierung, zwischen dem „ländlichen-konservativen und wertgebundenen Wählergruppen einerseits und modernen städtischen Klientelen andererseits“ (Weber 2011: 104), dem bei einer Analyse der wahlentscheidenden Faktoren eine hohe Erklärungskraft zukommt.

5 Zusammenfassendes: Grüner Aufstieg, schwarzer Fall

Knapp die Hälfte der Grünen-Wähler gaben nach der Wahl an, ihre Entscheidung hauptsächlich kandidatenorientiert getroffen zu haben, bei der CDU taten dies lediglich 14 Prozent; überaus deutlich wurde damit der schon im Vorfeld der Wahl vermutete große Einfluss des Persönlichkeitseffektes bestätigt. Winfried Kretschmann vermochte es dabei nicht nur, seinen Gegenkandidaten blass aussehen zu lassen und sich selbst in den Reihen der CDU die höheren Beliebtheitswerte zu sichern, er war durch mehrere Faktoren bedingt auch für die Grünen wesentliches Zugpferd und Motivationsfaktor bei der Wahl. Eine große Rolle spielte dabei sicherlich die Person Winfried Kretschmann selbst – realpolitisch, konservativ, christlich, aber auch naturverbunden, pragmatisch und philoso-

¹⁵ Sehr anschaulich ist der Begriff der ‚Neuen Mitte‘ beschrieben bei Richard Herzinger:

„Als bürgerliches Idealbild galt nun zunehmend nicht mehr der ordentliche, fleißige und unauffällige Zeitgenosse, dem ‚Ruhe die erste Bürgerpflicht‘ ist, sondern der gegenüber allen Mächtigen grundsätzlich misstrauisch und tendenziell aufmüpfige Mitdenker. Der hält ‚Kreativität‘ für einen Wert an sich, ist dem Leben gegenüber hedonistisch eingestellt, dabei aber besorgt um die Umwelt und die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen, achtet auf ‚gesunde Ernährung‘ (möglichst ‚Bio‘) und will, durchaus auch durch finanzielle Opfer, sein Scherflein für die Belange der Schwächeren und Benachteiligten rund um den Globus beitragen, um das gute Leben, das er sich leisten kann und will, ohne schlechtes Gewissen genießen zu können“ (Herzinger 2011: 104f.).

phisch – zugleich stand er aber auch für diejenigen Themen und Werte, mit denen die Grünen punkten konnten. Nicht zuletzt verkörperte er für viele den idealtypischen Landesvater, der durch Kontinuität, Haltung und eine klare Position auch in schwierigen Zeiten Orientierung bietet. Die aus alledem resultierenden sehr guten Zustimmungswerte von teilweise bis zu 70 Prozent schlugen sich offensichtlich auch direkt im Wahlergebnis nieder – und so kann der Variable *Kandidat* insgesamt eine sehr hohe Erklärungskraft beschieden werden.

Wenngleich 44 Prozent sowohl der CDU- als auch der Grünen-Wähler angaben, ihre Wahlentscheidung *issue*-orientiert getroffen zu haben, muss die Erklärungskraft dieser Variable dennoch hinterfragt werden. Im Kontext des Wahlkampfes und der gesellschaftlich-politischen Stimmung zum Zeitpunkt der Wahl lässt sich feststellen, dass spezifische landespolitische Themen (bezüglich derer keine der Parteien hinsichtlich der zugeschriebenen Kompetenz einen nennenswerten Vorsprung verzeichnen kann), mit Ausnahme der Flüchtlingspolitik (hier ist das Vertrauen in die Kompetenz der Grünen höher als in die der CDU), eine nachgeordnete Rolle spielt. Wichtiger erscheint einerseits das durch die retrospektive Leistungsbeurteilung generierte *ex ante* Generalvertrauen sowie andererseits die Konstruktion einer Vision für das Land durch Themenschwerpunkte. Mit diesen Aspekten können zwar die Verluste der CDU gut erklärt werden, der Blick auf die Grünen zeigt jedoch, dass sowohl für den Aufbau von Vertrauen, als auch für die Konstruktion einer Vision Winfried Kretschmann unabdingbar ist. Ähnliches gilt für das polarisierende Positions-Issue Flüchtlingspolitik: während die CDU durch die Richtungswechsel ihres Spitzenkandidaten und den innerparteilichen Streit Potenzial verspielte, konnten die Grünen auch hier insbesondere durch ihren Ministerpräsidenten überzeugen. Damit ist die Erklärungskraft des Faktors *Issue*-Orientierung begrenzt, da sie das Ergebnis der Grünen nur in Verbindung mit dem Faktor *Kandidat* zu erklären vermag und auch für die CDU weitere Faktoren heranzuziehen sind.

Hatte die CDU ihre Stellung als Landespartei durch eine ausgewogene Berücksichtigung konfessioneller, sozialer und territorialer Interessen über Jahrzehnte verteidigen können, vermochte sie es zuletzt immer weniger, ihr auf einer für sie günstigen politischen Kultur gründendes, traditionell großes Parteipotenzial auszuschöpfen. Ursächlich dafür war einerseits eine Erosion der sozialen Basis der Parteienlandschaft, mit der ein allgemeiner Rückgang der langfristigen Parteibindungen einherging – zuletzt verblieb der CDU ein stabiler, aber für einen Wahlsieg nicht ausreichender Sockel an Stammwählern –, andererseits aber auch ein sozialer, kultureller und politischer Wandel, der eine Spaltung des bürgerlichen Lagers zur Folge hatte. Während dies zu hohen Einbußen bei den Christdemokraten führte, schafften es die Grünen, über ihre typische urban-gebildete Wählerklientel hinaus auch in traditionell konservativen CDU-Milieus zu überzeugen. Entscheidend war dabei nicht nur die inhaltliche Verbindung von Konservatismus und Ökologie, welche die Grünen als moderne-

re (Alternative zur) CDU erscheinen ließ, sondern insbesondere auch die soziologische Nähe der beiden Parteien, die sich vor allem auch durch Veränderungen in der Generationenabfolge manifestiert. Während eine reine Betrachtung des Faktors der *langfristigen Parteiidentifikation* zu kurz greift um die Resultate von CDU und Grünen zu erklären, lässt sich damit für den Indikator *Parteipotenzial* eine durchaus valide Erklärungskraft diagnostizieren, denn mehr als zuvor scheint das Wahlergebnis davon abzuhängen, in welchem Maße vorhandene Potenziale ausgeschöpft und auch Wähler jenseits der eigenen soziostrukturell abgesicherten Stammwählerschaft mobilisiert werden können.

Führt man ausgehend von dieser Zusammenschau die Erkenntnisse der Einzelanalysen nach dem sozialpsychologischen Modell der Wählerforschung zur Beantwortung der Kernfrage dieser Arbeit nach den wahlentscheidenden Faktoren zusammen, müssen einige Besonderheiten der Landtagswahl 2016 noch einmal vergegenwärtigt werden. So stellt sich insbesondere bezüglich der kurzfristigen Faktoren der Kontext der Flüchtlingsfrage als äußerst relevante Kontextvariable dar. Immerhin 42 Prozent der Wähler gaben an, für ihre Wahlentscheidung sei die Politik auf Bundesebene der ausschlaggebende Faktor gewesen und auch eine Analyse der Berichterstattung im Vorfeld der Landtagswahl macht deutlich, dass für viele neben den landespolitischen Themen auch die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung, wenn nicht gar die Kanzlerin persönlich zur Wahl standen. Durchaus kann daher von einem „Wahlkampf von nationaler Bedeutung“ (Soldt 2016e: online) gesprochen werden, in welchem vor allem in den Wochen vor der Wahl die Flüchtlingspolitik zum dominierenden Thema wurde. Während die fehlende klare Positionierung Guido Wolfs in dieser Frage die Gespaltenheit der CDU demonstrierte, wusste Ministerpräsident Kretschmann seinen Landesverband hinter sich zu versammeln und sorgte so, auch durch ausbleibende öffentliche Kritik aus den eigenen Reihen, für das im Wahlkampf wichtige Bild parteilicher Geschlossenheit. Dies förderte zugleich das bei komplexen politischen Problemen sehr wichtige Vertrauen in die Lösungskompetenz der grün-roten Landesregierung, und so ist es „kein Zufall, dass Ministerpräsident Kretschmann von den Wähler-/innen bestätigt wurde“, denn „in Zeiten wachsender Unsicherheit ist Vertrauen die entscheidende politische Münze. Das Phänomen Merkel schlägt auch auf die Landesebene durch: Wenn schon alles im Fluss ist, will man Kontinuität an der Spitze“ (Fücks 2016: online).

Wenngleich aufgrund dieser polarisierenden und dominierenden Streitfrage in den Hintergrund geraten, ist als weitere wichtige Rahmenbedingung auch die positive Wirtschaftslage zu berücksichtigen, kann sie doch als mitverantwortlich für das Ausbleiben einer grundlegenden Wechselstimmung angesehen werden. Zudem konnten die Grünen (überraschenderweise) auch in der Wirtschaftspolitik punkten, bemühte sich vor allem Kretschmann schon früh um eine Versöhnung mit der Wirtschaft, die sich ihrerseits offenbar verstanden fühlte (vgl. den Artikel ‚Genosse der Bosse‘ von Bollmann, Meck 2016: online). Während Kretschmann dabei das Konzept einer Verbindung von Ökonomie

und Ökologie als Vision für das Industrieland Baden-Württemberg preist, sieht die CDU „daneben irgendwie verstaubt aus“ (Caspari 2016a: online). So ist es zugleich auch dieses Spannungsverhältnis von konservativer Wertorientierung und dynamischem Fortschritt, welches für die Grünen als Bindeglied zwischen ihrer eigenen Stammwählerschaft und den neuerworbenen Wählergruppen der CDU fungiert (vgl. Hoff, Kahrs, Stahl 2016: 82) – ein Spagat, das den Christdemokraten offenbar nicht ausreichend gelang.

Sicherlich mögen die hier noch einmal reflektierten Faktoren auf den ersten Blick sehr unterschiedlich erscheinen – und doch eint sie alle etwas, das für die Wahlentscheidung von größerer Bedeutung nicht hätte sein können: die Übereinstimmung mit Lebensgefühl und Zeitgeist.

„Der Erfolg einer politischen Partei hängt langfristig davon ab, wie gut sie zu einer gegebenen politischen Kultur passt“ (Wehling 2004: 217), wie stimmig sie den aktuellen Zeitgeist trifft, wie glaubwürdig sie das vorherrschende Lebensgefühl aufzugreifen vermag. Nicht zu Unrecht spricht Dieter Schnaas daher in der Wirtschaftswoche von einem „Zeitzeichen“ und diagnostiziert eine „Verschiebung der kollektiven Stimmungslage“ (Schnaas 2016: online), denn während die sozialen Milieus der Grünen wachsen (Stichwort: Neue Bürgerlichkeit) schrumpft die Stammwählerschaft der CDU und während die Grünen mit ihren Themen den Zahn der Zeit treffen (Stichwort: Ökologie und Nachhaltigkeit), blockiert sich die CDU im Streit zwischen Modernisierungsbefürwortern und Traditionalisten.

Kretschmann lässt sich dabei als Exponent einer hintergründigen Entwicklung begreifen: stellvertretend für die von ihm geprägten baden-württembergischen Grünen trifft er das Lebensgefühl der Menschen, der Stamm- und Wechselwähler zugleich, und kann so das Parteipotenzial der Grünen bestmöglich ausschöpfen, mehr noch: seine Person kongruiert mit dem beschriebenen Parteipotenzial. Dieses Potenzial wiederum entspricht zwar dem Spitzenkandidaten, basiert aber nicht auf ihm, sondern reicht über ihn hinaus. So werden die neuen grün-schwarzen Schnittmengen *vor* der Wahl weiterhin eine wachsende Konkurrenz bedeuten – *nach* der Wahl aber auch die Chance zur Zusammenarbeit erhöhen, wie die jüngsten Koalitionsgespräche beweisen. Und das Potenzial, eine solche Koalition nach der Ära Kretschmann anzuführen, haben im Ländle mittlerweile beide Parteien – sie müssen es nur ausschöpfen.

6 Abschließendes und Ausblickendes: Ein neuer grüner Konservatismus?

Wir schreiben das Jahr 2021. Bei der baden-württembergischen Landtagswahl wird sich zeigen, ob – basierend auf veränderten Parteipotenzialen und einer Verschiebung der Parteiidentifikation – mit einer Manifestation der veränderten Parteienlandschaft zu rechnen sein wird, oder ob allein der Einfluss der kurzfristigen Variablen ausschlaggebend für die Erfolge der Grünen war – eine historische Wahl? Zweifellos eine insbesondere für die Politikwissenschaft hochspannende Wahl, wird sie doch gleichermaßen wegweisend für die Dynamik der baden-württembergischen Landespolitik, beispielhaft für die Entwicklung der politischen Kultur im Ländle sowie – unabhängig von ihrem Ausgang – bezeichnend für die Nachhaltigkeit des politischen Wandels in Baden-Württemberg sein.

Über den Ausgang der nächsten Wahl zu spekulieren, noch bevor die Koalitionsverhandlungen abgeschlossen sind, verbietet sich selbstredend. Fünf Jahre nachdem Peter Unfried in der taz schrieb, „es scheint die historische Aufgabe von Winfried Kretschmann zu sein, das Wort konservativ neu zu definieren“ (Unfried 2011: online) lässt sich jedoch festhalten, dass ihr Ergebnis wesentlich davon beeinflusst werden wird, ob es den Grünen gelingt, sich mit dem ‚neuen Kretschmann’schen Konservatismus‘ zu identifizieren und als ‚neuen grünen Konservatismus‘ zu etablieren.

7 Quellenverzeichnis

Bannas, Günter (2011): Das Stammland unter den Stammländern. In: FAZ, 27.03.2011.

Online unter: http://www.faz.net/aktuell/politik/wahl-in-baden-wuerttemberg/landtagswahlen-in-baden-wuerttemberg-das-stammland-unter-den-stammlaendern-1611371-p2.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2.

Birnbaum, Robert (2016): Der einsame Wolf. In: Tagesspiegel, 11.03.2016. Online unter:

<http://www.tagesspiegel.de/themen/reportage/baden-wuerttembergs-cdu-kandidat-guido-wolf-der-einsame-wolf/13038122.html>.

Bollmann, Ralph; **Meck**, Georg (2016): Genosse der Bosse. In: FAZ, 06.03.2016. Online unter:

http://www.faz.net/aktuell/politik/wahl-in-baden-wuerttemberg/winfried-kretschmann-genosse-der-bosse-14107801-p2.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2.

Borchard, Michael (2011): „Es grünt so grün.“ Wie bürgerlich sind die Grünen wirklich?

In: Kronenberg, Volker; Weckenbrock, Christoph (Hrsg.): Schwarz-Grün. Die Debatte. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 96-102.

Braudel, Fernand (1977): Geschichte und Sozialwissenschaften. Die longue durée. In: Bloch, Marc;

Braudel, Fernand; Febvre, Lucien: Schrift und Materie der Geschichte. Vorschläge zu einer systematischen Aneignung historischer Prozesse. Hrsg. von Claudia Honegger. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 47-85.

Brettschneider, Frank (2005): Politiker als Marke. Warum Spitzenkandidaten keine Gummibärchen

sind. In: Balzer, Axel (Hrsg.): Politik als Marke. Politikvermittlung zwischen Kommunikation und Inszenierung. Münster: LIT Verlag.

Bryson, Maurice C. (1976): The Literary Digest Poll: Making of a Statistical Myth. In: The American Statistician. Ausgabe 30, Nr. 4, November 1976, S. 184-185.

Bürklin, Wilhelm P.; **Klein**, Markus (1998): Wahlen und Wählerverhalten. Eine Einführung.

2. Auflage. Opladen: Leske und Budrich.

Campell, Angus; **Gurin**, Gerald; **Miller**, Warren E. (1954): The Voter Decides. Evanston/Illinois: Row, Peterson and Compan.

Campbell, Angus; **Converse**, Philip E.; **Miller**, Warren E.; **Stokes**, Donald E. (1960): The American Voter. New York: Wiley.

Caspari, Lisa (2016a): Kanzlerinnen-Wahlkampf. In: Zeit Online, 01.03.2016. Online unter:

<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-03/winfried-kretschmann-baden-wuerttemberg/komplettansicht>.

Caspari, Lisa (2016b): Vor dem Gewitter. In: Zeit Online, 11.03.2016. Online unter:

<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-03/cdu-baden-wuerttemberg-landtagswahl-guido-wolf-vorschau/seite-2>.

Crolly, Hannelore (2016): Grüne machen im Südwesten Merkel-Wahlkampf. In: Die Welt, 15.02.2016. Online unter: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article152223897/Gruene-machen-im-Suedwesten-Merkel-Wahlkampf.html>.

Cvrlje, Davor (2016): Tübinger Politik-Professor fordert Rücktritt von Wolf. Interview mit Hans-Georg Wehling. In: GEA, 16.03.2016. Online unter: <http://www.gea.de/nachrichten/politik/wolf+wird+zum+schwarzen+schaf.4707200.htm>.

Dahlkamp, Jürgen; **Kaiser**, Simone (2013): Im Grünen Winkel. In: Der Spiegel, Nr. 1 (2013), S. 24-28. Online unter: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-90334815.html>.

Deckstein, Dagmar; **Deininger**, Roman (2011): Der Super-Seriöse. In: Süddeutsche Zeitung, 28.03.2011. Online unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/baden-wuerttemberg-winfried-kretschmann-es-gruent-so-gruen-1.1078028>.

dpa (2014): Wolf schlägt Bundes-Vize Strobl. In: Zeit Online, 05.12.2014. Online unter: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2014-12/baden-wuerttemberg-cdu-mitgliederbefragung-guido-wolf-spitzenkandidatur>.

dpa (2015): Weniger Parteimitglieder bei CDU und SPD - Grüne und FDP stabil. In: Focus Online, 30.12.2015. Online unter: http://www.focus.de/regional/baden-wuerttemberg/parteien-weniger-partemitglieder-bei-cdu-und-spd-gruene-und-fdp-stabil_id_5181066.html.

Eilfort, Michael (2004): Im Südwesten ticken die Uhren anders und doch im Takt. In: Eilfort, Michael (Hrsg.): Parteien in Baden-Württemberg. Stuttgart: W. Kohlhammer / Landeszentrale für politische Bildung, S. 37-74.

Eilfort, Michael (2008): Die Baden-Württemberg-Partei(en). In: Weber, Reinhold (Hrsg.): Der deutsche Südwesten. Regionale Traditionen und historische Identitäten. Hans-Georg Wehling zum Siebzigsten. Stuttgart: W. Kohlhammer, S. 105-122.

Eith, Ulrich (2004): Wählerverhalten in Baden-Württemberg – Strukturen, Akteure, Entwicklungslinien. In: Eilfort, Michael (Hrsg.): Parteien in Baden-Württemberg. Stuttgart: W. Kohlhammer / Landeszentrale für politische Bildung, S. 219-229.

Eith, Ulrich (2008): Das Parteiensystem Baden-Württembergs. In: Jun, Uwe; Haas, Melanie; Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 103-124.

Eith, Ulrich (2015): Baden-Württembergs Parteiensystem im Wandel. In: Der Bürger im Staat, Heft 4 (2015), 65. Jg., Landeszentrale für politische Bildung, S. 248-255.

Elmer, Christina; **Hebel**, Christina; **Kalinowski**, Frank (2016): Wahlanalyse zu Baden-Württemberg: Im Ländle Volkspartei. In: Spiegel Online, 14.03.2016. Online unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/landtagswahl-in-baden-wuerttemberg-2016-wie-die-gruenen-volkspartei-wurden-a-1081493.html>.

Erlor, Gisela (2013): „Viel Habermas macht weniger Schweiz nötig“. In: Kiderlen, Elisabeth; Metzner, Helga (Hrsg.): Experiment Bürgerbeteiligung. Das Beispiel Baden-Württemberg. Heinrich-Böll-Stiftung, Schriften zur Demokratie, Band 32, Berlin. S. 15-21.

Falter, Jürgen W.; Winkler, Jürgen R. (2005): Wahlgeographie und Politische Ökologie. In: Falter, Jürgen W.; Schoen, Harald (Hrsg.): Handbuch Wahlforschung. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag Für Sozialwissenschaften.

Fatke, Matthias (2015): Die Politik des Gehörtwerdens. In: Der Bürger im Staat. Heft 4 (2015), 65. Jg., Landeszentrale für politische Bildung, S. 140-147.

Forschungsgruppe Wahlen e.V. (2016): Landtagswahl in Baden-Württemberg am 13. März 2016. Kurzanalyse vom 14.03.2016, Mannheim.

Frech, Siegfried; Detterbeck, Klaus (2015): Rückblick: Der Machtwechsel 2011 und die politische Bilanz von Grün-Rot. In: Der Bürger im Staat, Heft 4 (2015), 65. Jg., Landeszentrale für politische Bildung, S. 172-178.

Friedmann, Jan (2016): Merkel in Baden-Württemberg: Im Stahlbad. In: Spiegel Online, 04.03.2016. Online unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/baden-wuerttemberg-angelas-merkels-rat-an-guido-wolf-a-1080794.html>.

Fücks, Ralf (2016): Kontinuität und Wandel – ein Kommentar zur Landtagswahl. In: Heinrich-Böll-Stiftung Online, 14.03.2016. Online unter: <https://www.boell.de/de/2016/03/14/kontinuitaet-und-wandel-ein-kommentar-zur-landtagswahl>.

Gabriel, Oscar W.; Völkl, Kerstin (2007): Wählerverhalten bei der Landtagswahl 2006 in Baden-Württemberg. In: Schmid, Josef; Zolleis, Udo (Hrsg.): Wahlkampf im Südwesten. Parteien, Kampagnen u. Landtagswahlen 2006 in Baden-Württemberg u. Rheinland-Pfalz. Berlin: LIT. S. 219-238.

Gabriel, Oskar W.; Keil, Silke I., Thaidigsmann, Isabell S. (2009): Kandidatenorientierung und Wahlentscheid bei der Bundestagswahl 2005. In: Gabriel, Oskar W.; Weßels, B., Falter, Jürgen W. (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2005. 1. Auflage, S. 267-303, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Gabriel, Oscar W.; Bauknecht, Jürgen (2011): Wahlrecht, Wahlergebnisse und Wählerverhalten bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg. In: Frech, Siegfried; Weber, Reinhold; Wehling, Hans-Georg (Hrsg.): Handbuch Landespolitik. Stuttgart: W. Kohlhammer, S. 118-141.

Gabriel, Oscar W.; Kornelius, Bernhard (2011): Die baden-württembergische Landtagswahl am 27. März 2011: Zäsur und Zeitenwende? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 4 (2011), S. 784-804.

Gänzle, Stefan (2004): Bündnis 90/Die Grünen. In: Eilfort, Michael (Hrsg.): Parteien in Baden-Württemberg. Stuttgart: W. Kohlhammer / Landeszentrale für politische Bildung, S. 124-145.

Giertz, Julia (2016): Grün-Rot kann hoffen. In: Schwäbisches Tagblatt, 11.03.2016. Online unter: <http://www.tagblatt.de/Nachrichten/Gruen-Rot-kann-hoffen-280372.html>.

Götz, Uschi (2016): Das paradoxe grün-schwarze Duell. In: Deutschlandfunk, 10.03.2016. Online unter: http://www.deutschlandfunk.de/landtagswahl-in-baden-wuerttemberg-das-paradoxe-gruen.724.de.html?dram:article_id=348028.

Grachtrup, Bettina (2016): Die Bilanz von Grün-Rot: Was wurde aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt? In: Südkurier, 01.03.2016. Online unter: <http://www.suedkurier.de/nachrichten/baden-wuerttemberg/Die-Bilanz-von-Gruen-Rot-Was-wurde-aus-dem-Koalitionsvertrag-umgesetzt;art417930,8554083>.

Grotz, Claus-Peter (2004): Die CDU. In: Eilfort, Michael (Hrsg.): Parteien in Baden-Württemberg. Stuttgart: W. Kohlhammer / Landeszentrale für politische Bildung, S. 37-74.

Haas, Stefanie (2012): Wandern ins Grüne: Wählerbewegungen in Baden-Württemberg. In: Der Bürger im Staat, Heft 3 (2012), 62. Jg., Landeszentrale für politische Bildung, S. 123-128.

Haselberger, Stephan; **Monath**, Hans (2016): Winfried Kretschmann im Interview: „Ich bete jeden Tag für Angela Merkel“. In: Der Tagesspiegel, 01.02.2016. Online unter: <http://www.tagesspiegel.de/politik/winfried-kretschmann-im-interview-ich-bete-jeden-tag-fuer-angela-merkel/12900668.html>.

Herzinger, Richard (2011): Der Tanz um die schwarz-grüne „Mitte“. In: Kronenberg, Volker; Weckenbrock, Christoph (Hrsg.): Schwarz-Grün. Die Debatte. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 103-107.

Hilmer, Richard (2013): Aktuelle Stimmungen und Trends – empirische Befunde der Wahlforschung. Präsentation am 13. April 2013, Tutzing.

Hoff, Benjamin-Immanuel; **Kahrs**, Horst; **Stahl**, Andreas (2016): Die Ergebnisse der Landtagswahlen am 13. März 2016 – Wahlbericht und erste Analyse.

Hunger, Anton (2012): Erwin Teufels wahre Erben. In: Focus, Nr. 44 (2012), S. 44-46. Online unter: http://www.focus.de/magazin/archiv/ein-analyse-von-anton-hunger-erwin-teufels-wahre-erben_aid_847825.html.

Hupka, Stefan (2015): Die Spitzenkandidaten der Landtagswahl 2016 und ihre Parteien. In: Der Bürger im Staat, Heft 4 (2015), 65. Jg., Stuttgart: Landeszentrale für politische Bildung, S.256-261.

Infratest dimap (2006): Wahlreport. Online unter: http://www.infratest-dimap.de/fileadmin/_migrated/content_uploads/BW_0603_Wahlreport_II.pdf.

Infratest dimap (2016): Baden-WürttembergTREND. Januar 2016. Online unter: <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/baden-wuerttemberg/laendertrend/2016/januar/>.

Infratest dimap (2016): Baden-WürttembergTREND. Februar 2016. Online unter: <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/baden-wuerttemberg/laendertrend/2016/februar/>.

Infratest dimap (2016): Baden-WürttembergTREND. März 2016. Online unter: <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/baden-wuerttemberg/laendertrend/2016/maerz/>.

Infratest dimap (2016): Wahltagsbefragung im Auftrag der ARD.

Zitiert nach Neu, Viola (2016): Landtagswahl in Baden-Württemberg am 13. März 2016.

Wahlanalyse der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Berlin, Tabellenanhang. Online unter: http://www.kas.de/upload/Publikationen/2016/Tabellenanhang_BW.pdf

und SPD (2016): Ergebnisse und Schnellanalysen auf Basis der Kurzfassung des Infratest-dimap-Berichts für die SPD. Online unter: http://forum-dl21.de/wp-content/uploads/2016/03/160314-Analyse_BadenWuerttemberg_FINAL.pdf

Jesse, Eckhard; Schubert, Thomas (2006): Wahlanalyse: Kandidaten. In: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit: Einsichten und Perspektiven. Themenheft 01/2006. Online unter: http://www.blz.bayern.de/blz/eup/01_06_themenheft/2_9.asp#n66.

Kelnberger, Josef (2015): Wahlkampf statt Schulfrieden. In: Süddeutsche Zeitung, 23.03.2015. Online unter: <http://www.sueddeutsche.de/bildung/bildungspolitik-in-baden-wuerttemberg-wahlkampf-statt-schulfrieden-1.2401340>.

Kelnberger, Josef (2016): Merkel in Grün. In: Süddeutsche Zeitung, 08.03.2016. Online unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/landtagswahlkampf-in-baden-wuerttemberg-merkel-in-gruen-1.2896925>.

Kohler, Berthold (2011): Nach dem Störfall. In: FAZ, 29.03.2011. Online unter: <http://www.faz.net/aktuell/politik/wahl-in-baden-wuerttemberg/schwarz-gruen-nach-dem-stoerfall-1613240.html>.

Kretschmann, Winfried (2013): Über die Politik des Gehörtwerdens. In: Kiderlen, Elisabeth; Metzner, Helga (2013): Experiment Bürgerbeteiligung. Das Beispiel Baden-Württemberg. Heinrich-Böll-Stiftung: Schriften zur Demokratie, Band 32, Berlin. S. 11-14.

Kretschmann, Winfried (2015): Rede auf dem Parteitag in Reutlingen am 12. Dezember 2015. Online unter: <https://www.gruene-bw.de/app/uploads/2015/12/GrueneBW-Rede-von-Winfried-Kretschmann-auf-dem-Parteitag-in-Reutlingen.pdf>.

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (2015): Fünf Jahre Grün-Rot. Der Bürger im Staat, Heft 4 (2015), 65. Jg., Stuttgart.

Lau, Mariam (2016): Die Bosse freuen sich grün. In: Die Zeit, 10.03.2016. Online unter: <http://www.zeit.de/2016/12/baden-wuerttemberg-winfried-kretschmann-die-gruenen>.

Lipset, Seymour M.; Rokkan, Stein (1967): Party Systems and Voter Alignments: Cross National Perspectives. New York.

Marguier, Alexander (2016): Die Meister des Machiavellismus. In: Cicero, 23.02.2016. Online unter: <http://www.cicero.de/berliner-republik/gruene-baden-wuerttemberg-die-meister-des-machiavellismus/60536>.

Mielke, Gerd (1987): Sozialer Wandel und politische Dominanz in Baden-Württemberg. Eine politikwissenschaftlich-statistische Analyse des Zusammenhangs von Sozialstruktur und Wahlverhalten in einer ländlichen Region. Berlin: Duncker & Humblot.

Mielke, Gerd (2016): Cleavage-Strukturen und ihre Kultivierung. Regionale politische Kultur in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. In: Werz, Nikolaus; Koschkar, Martin (Hrsg.): Regionale politische Kultur in Deutschland. Fallbeispiele und vergleichende Aspekte. Wiesbaden: VS Springer, S. 165-188.

Muschel, Roland (2016): Forscher Jung bescheinigt Spitzenkandidat einen katastrophalen Wahlkampf. In: Schwäbisches Tagblatt, 09.04.2016. Online unter: <http://www.tagblatt.de/Nachrichten/Forscher-Jung-bescheinigt-Spitzenkandidat-Wolf-einen-katastrophalen-Wahlkampf-283919.html>.

Neu, Viola (2016): Landtagswahl in Baden-Württemberg am 13. März 2016. Wahlanalyse der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Berlin.

o.V. (2016c): CDU-Spitzenkandidaten fordern Tageskontingente. In: Zeit Online, 22.02.2016. Online unter: <http://www.zeit.de/politik/2016-02/fluechtlingskrise-julia-kloeckner-guido-wolf-tageskontingente-merkel>.

o.V. (2016a): Kretschmann rechtfertigt seine Unterstützung. In: SWR, 23.02.2016. online unter: <http://www.swr.de/landesschau-aktuell/bw/cdu-wahlkampf-in-bw-und-merkels-fluechtlingspolitik-kretschmann-rechtfertigt-seine-unterstuetzung/-/id=1622/did=17001418/nid=1622/16f41n8/>.

o.V. (2016b): Baden-Württemberg: Merkel soll sich von ihrem grünen „Stalker“ distanzieren. In: Spiegel Online, 23.02.2016. Online unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/angela-merkel-soll-sich-von-kretschmann-distanzieren-fordert-cdu-spitzenkandidat-wolf-a-1078766.html>.

o.V. (2016): Gehört, aber nicht immer erhört. In: Stuttgarter Zeitung, 01.03.2016. Online unter: <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.buergerbeteiligung-in-baden-wuerttemberg-gehoeert-aber-nicht-immer-erhoert.7290641e-29eb-4426-842d-8c7e9ffcf470.html>.

Pappi, Franz Urban; **Shikano**, Susumu (2007): Wahl- und Wählerforschung. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos.

Petersen, Thomas (2011): Das Trennende ist geblieben. In: Kronenberg, Volker; Weckenbrock, Christoph (Hrsg.): Schwarz-Grün. Die Debatte. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 108-125.

Plessner, Helmuth (1959): Die verspätete Nation. Über die politische Verführbarkeit bürgerlichen Geistes. Stuttgart: W. Kohlhammer.

Roth, Diether; **Wüst**, Andreas M. (1998): Parteien und Wähler – Erklärungsmodelle des Wahlverhaltens. In: Oberreuter, Heinrich (Hrsg.): Ungewissheiten der Macht. Parteien, Wähler, Wahlentscheidung. München: Olzog.

Roth, Dieter (2008): Empirische Wahlforschung. Ursprung, Theorien, Instrumente und Methoden. 2. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Roth, Dieter (2012): Wahlentscheidungen sind komplexe Vorgänge: Was entschied die Wahl? In: Der Bürger im Staat, Heft 3 (2012), 64. Jg., Landeszentrale für politische Bildung, S. 109-116.

Roth, Dieter (2015): Landtagswahl 2016: Prognosen und Szenarien. In: Der Bürger im Staat, Heft 4 (2015), 65. Jg., Landeszentrale für politische Bildung, S. 262-273.

- Ruf, Rainer** (2015): Der Schalk des biedereren Herrn Kretschmann. In: Stuttgarter Zeitung, 13.12.2015. Online unter: <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.landesparteitag-der-gruenen-der-schalk-des-biedereren-herrn-kretschmann.c902e739-8254-4340-bc1c-07c18e0b3bd2.html>.
- Schlauch, Rezzo** (2011): Wer zu spät kommt, den bestraft der Wähler. Zum Verhältnis von Schwarz und Grün in Baden-Württemberg. In: Kronenberg, Volker; Weckenbrock, Christoph (Hrsg.): Schwarz-Grün. Die Debatte. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 65-71.
- Schlecht, Magnus** (2016): Umfrage: ‚Kopf-an-Kopf-Rennen ist eine Sensation‘. In: Reutlinger General-Anzeiger, 28.02.2016. Online unter: <http://www.gea.de/nachrichten/politik/umfrage++kopf+an+kopf+rennen+ist+eine+sensation.4674279.htm>.
- Schmid, Josef; Zolleis, Udo** (2002): Die Entwicklung zur Baden-Württemberg-Partei. Die CDU zwischen Heimat und High-Tech. In: Schmid, Josef; Griese, Honza (Hrsg.): Wahlkampf in Baden-Württemberg. Organisationsformen, Strategien und Ergebnisse der Landtagswahl vom 25. März 2001, Opladen: Leske und Budrich, S. 79-98.
- Schmid, Thomas** (2011): Wenn der Zenit überschritten ist. Schwarz-Grün wird kommen – aber nicht spannend werden, wie mancher glaubte. In: Kronenberg, Volker; Weckenbrock, Christoph (Hrsg.): Schwarz-Grün. Die Debatte. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 79-90.
- Schmitt-Beck, Rüdiger** (2000): Politische Kommunikation und Wählerverhalten. Ein internationaler Vergleich. 1. Aufl. Wiesbaden: Westdt. Verl.
- Schmitt-Beck, Rüdiger; Weick, Stefan** (2001): Die dauerhafte Parteiidentifikation - nur noch ein Mythos? In: Sozialberichterstattung Gesellschaftliche Trends Aktuelle Informationen, Eine ZUMA-Publikation. Ausgabe 26, Juli 2001.
- Schnaas, Dieter** (2016): Mensch, Kretschmann! In: Wirtschaftswoche, 06.03.2016. Online unter: <http://www.wiwo.de/politik/deutschland/tauchsieder-mensch-kretschmann/13059082-all.html>.
- Schoen, Harald** (2005): Soziologische Ansätze in der empirischen Wahlforschung. In: Falter, Jürgen W.; Schoen, Harald (Hrsg.): Handbuch Wahlforschung. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schoen, Harald; Weins, Cornelia** (2005): Der sozialpsychologische Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten Falter, Jürgen W.; Winkler, Jürgen R.: Wahlgeographie und Politische Ökologie. In: Falter, Jürgen W.; Schoen, Harald (Hrsg.): Handbuch Wahlforschung. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schoen, Harald** (2010): Wahlforschung. In: Gerlach, Irene; Jesse, Eckhard; Kneuer, Marianne; Werz, Nikolaus (Hrsg.): Politikwissenschaft in Deutschland. Veröffentlichung der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft. Band 27. Baden-Baden: Nomos.
- Schreckenberger, Daniel** (2016): Für die CDU in Baden-Württemberg sieht es düster aus. In: FAZ, 22.02.2016. Online unter: <http://www.faz.net/aktuell/politik/wahl-in-baden-wuerttemberg/cdu-verliert-in-baden-wuerttemberg-weiter-an-zustimmung-14084057.html>.

Seils, Christoph (2016): Außen grün, innen schwarz. In: Cicero, 11.03.2016. Online unter: <http://www.cicero.de/berliner-republik/winfried-kretschmann-aussen-gruen-innen-schwarz/60620>

Simon, Doris (2012): „Fleisch vom Fleische der ehemaligen CDU-Anhänger“. Interview mit Hans-Georg Wehling. In: Deutschlandfunk, 22.10.2012. Online unter: http://www.deutschlandfunk.de/fleisch-vom-fleische-der-ehemaligen-cdu-anhaenger.694.de.html?dram:article_id=225158.

Singer, Samuel (1999): Niesen - Schädlichkeit. Tübingen [Germany]: Max Niemeyer (Thesaurus proverbiorum medii aevi: Lexikon der Sprichwörter des romanisch-germanischen Mittelalters, 9).

Soldt, Rüdiger (2011): Die „Baden-Württemberg-Partei“ fürchtet um die Macht. In: FAZ, 26.03.2011. Online unter: <http://www.faz.net/aktuell/politik/wahl-in-baden-wuerttemberg/landtagswahl-die-baden-wuerttemberg-partei-fuerchtet-um-die-macht-1606816-p2.html>.

Soldt, Rüdiger (2014): Baustart für Stuttgart 21. Der Wutbürger macht Pause. In: FAZ, 05.08.2014. Online unter: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/baustart-fuer-stuttgart-21-der-wutbuengerer-macht-pause-13082271.html>.

Soldt, Rüdiger (2016a): Geliefert wird, was der Bürger bestellt. In: FAZ, 13.02.2016. Online unter: <http://www.faz.net/aktuell/politik/wahl-in-baden-wuerttemberg/gruener-kretschmann-liefert-was-der-buerger-bestellt-14056384.html>.

Soldt, Rüdiger (2016b): Grüne in Baden-Württemberg auf Überholspur. In: FAZ, 19.02.2016. Online unter: <http://www.faz.net/aktuell/politik/wahl-in-baden-wuerttemberg/cdu-im-umfragetief-gruene-in-baden-wuerttemberg-auf-ueberholspur-14079628.html>.

Soldt, Rüdiger (2016c): Der Kretschmann-Faktor. In: FAZ, 19.02.2016. Online unter: www.faz.net/aktuell/politik/wahl-in-baden-wuerttemberg/wahl-in-baden-wuerttemberg-der-kretschmann-faktor-14072017.html.

Soldt, Rüdiger (2016d): Die Südwest-CDU wird immer nervöser. In: FAZ, 23.02.2016. Online unter: <http://www.faz.net/aktuell/politik/wahl-in-baden-wuerttemberg/in-der-cdu-in-baden-wuerttemberg-waechst-die-nervositaeet-14084766.html>.

Soldt, Rüdiger (2016e): Er sollte ein schwarzer Kretschmann sein. In: FAZ, 29.02.2016. Online unter: <http://www.faz.net/aktuell/politik/wahl-in-baden-wuerttemberg/guido-wolf-und-die-wahl-in-baden-wuerttemberg-14094761.html>.

Soldt, Rüdiger (2016f): Die fetten Jahre sind vorbei. In: FAZ, 29.03.2016. Online unter: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/landtagswahlen-in-baden-wuerttemberg-warum-cdu-scheiterte-14148728.html>.

Stahnke, Julian; Blickle, Paul; Venohr, Sascha; Greven, Ludwig (2016): Das große Wandern. In: Die Zeit, 14.03.2016. Online unter: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-03/waehlerwanderung-landtagswahlen-parteien-cdu-afd-nichtwaehler>.

- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg** (2015): Statistisches Monatsheft 8/2015.
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg** (2016a): Wahl zum 16. Landtag von Baden-Württemberg am 13. März 2016 – Vorläufige Ergebnisse. Reihe: Statistische Analysen 1/2016, Stuttgart.
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg** (2016b): Repräsentative Landtagswahlstatistik 2016. Online unter: <http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Wahlen/Landtag/Repraes.jsp>.
- Tagesschau** (2016): Umfragen Kompetenzen. Online unter: <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-BW/umfrage-kompetenz.shtml>.
- Unfried, Peter** (2011): Porträt Winfried Kretschmann: Moses kommt an. In: taz, 28.03.2011. Online unter: <http://www.taz.de/!5123898/>.
- Walter, Franz** (2011): Riskante Überbürgerlichkeit. In: Kronenberg, Volker; Weckenbrock, Christoph (Hrsg.): Schwarz-Grün. Die Debatte. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 134-146.
- Weber, Reinhold** (2011): Parteien und Parteiensystem in Baden-Württemberg: Funktionen – Genese – Wettbewerb. In: Frech, Siegfried; Weber, Reinhold; Wehling, Hans-Georg (Hrsg.): Handbuch Landespolitik. Stuttgart: W. Kohlhammer, S. 85-117.
- Weber, Reinhold** (2016): Grün sticht Rot! In: Schlauch, Rezzo; Weber, Reinhold (Hrsg.): Keine Angst vor der Macht. Die Grünen in Baden-Württemberg. Emons, S. 7-13.
- Wehling, Hans-Georg** (1989): Die Grünen und die politische Kultur in Baden-Württemberg. In: Hermann, Winne; Schwegler-Rohmeis, Wolfgang (Hrsg.): Grüner Weg durch schwarzes Land. 10 Jahre Grüne in Baden-Württemberg, Stuttgart, S. 153-160.
- Wehling, Hans-Georg** (2002): Regionale/Lokale politische Kultur. In: Greiffenhagen, Martin; Greiffenhagen, Sylvia (Hrsg.): Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 521-525.
- Wehling, Hans-Georg** (2004): Politische Kultur. In: Eilfort, Michael (Hrsg.): Parteien in Baden-Württemberg. Stuttgart: W. Kohlhammer / Landeszentrale für politische Bildung, S. 201-218.
- Wehling, Hans-Georg** (2006): Baden-Württemberg: Zur Geschichte eines jungen Bundeslandes. In: Weber, Reinhold; Wehling, Hans-Georg (Hrsg.): Baden-Württemberg. Gesellschaft, Geschichte, Politik, Stuttgart, S. 9-32.
- Wehling, Hans-Georg** (2011): Konstanz und Wandel der politischen Kultur in Baden-Württemberg im Blick auf die Landtagswahl vom 27.3.2011. Online unter: www.landtagswahl-bw.de/fileadmin/landtagswahl-bw/pdf/wehling_landtagswahl11.pdf
- Wehling, Hans-Georg; Wehling, Rosemarie** (2007): Politische Kultur und Geschichte im deutschen Südwesten. In: Schmid, Josef; Zolleis, Udo (Hrsg.): Wahlkampf im Südwesten. Parteien, Kampagnen und Landtagswahlen 2006 in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Berlin: LIT Verlag, S. 13-31.

Wehner, Michael (2012): Die historische Niederlage der CDU – Ursachen für das Scheitern. In: Der Bürger im Staat, Heft 3 (2012), 62. Jg., Stuttgart: Landeszentrale für politische Bildung, S. 148-155.

Weimer, Wolfram (2016): Fünf Megatrends nach dem Superwahltag. In: Handelsblatt, 11.03.2016, Online unter: <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/whatsright/whats-right-zu-landtagswahlen-fuenf-megatrends-nach-dem-superwahltag/13307590-all.html>.

Westen, Drew (2012): Das politische Gehirn. 1. Aufl. Berlin: Suhrkamp Verlag.

Wieselmann, Bettina (2016): Wie Guido Wolf um seine einzige Chance kämpft. In: Badische Zeitung, 09.03.2016. Online unter: <http://www.badische-zeitung.de/suedwest-1/wie-guido-wolf-um-seine-einzige-chance-kaempft--119367657.html>.

Ziehe, Fabian (2016): „Die konservativen Milieus bröckeln.“ Felix Hörisch im Interview. In: SWP, 2016. Online unter: <http://storytelling.swp.de/experiment/>.

Zoll, Elisabeth (2016): „Mehr Stil- als Wertewandel“ in Baden-Württemberg. In: Südwest Presse, 17.02.2016. Online unter: <http://www.swp.de/ulm/nachrichten/suedwestumschau/Mehr-Stil-als-Wertewandel-in-Baden-Wuerttemberg;art4319,3686521>.

Zolleis, Udo; **Kießling**, Daniel (2005): Politische Werbung in modernen Wahlkampagnen: zu den Kriterien professioneller Werbestrategien. In: Politische Meinung, Ausgabe Nr. 422, Jan. 2005.

Zolleis, Udo; **Schmid**, Josef; **Buhr**, Daniel (2011): Wahlkämpfe in Baden-Württemberg: analytische Konzepte, politische Strategien, regionale Besonderheiten. In: Frech, Siegfried; Weber, Reinhold; Wehling, Hans-Georg (Hrsg.): Handbuch Landespolitik. Stuttgart: Kohlhammer, S. 142-162.

Zolleis, Udo; **Schmid**, Josef; **Buhr**, Daniel (2012): Konzepte und Strategien im Wahlkampf: Der Wahlkampf der Landesparteien 2011. In: Der Bürger im Staat, Heft 3 (2012). S. 135-140.

✓ Alle Online-Quellen wurden zuletzt am 15. April um 15:00 Uhr noch einmal besucht und die entsprechenden Zitate und Vergleiche überprüft.

Ehrenerklärung

Wir erklären hiermit, dass wir diese Arbeit selbstständig und nur mit den angegebenen Hilfsmitteln angefertigt haben und dass wir alle Stellen, die dem Wortlaut oder dem Sinn nach anderen Werken oder dem Internet entnommen sind, durch Angabe der Quellen als Entlehnung kenntlich gemacht haben. Uns ist bewusst, dass Plagiate als Täuschungsversuch gewertet werden und im Wiederholungsfall zum Verlust der Prüfungsbe-
rechtigung führen können.

Tübingen, 15. April 2016

Ort, Datum

Maximilian Clar

Maximilian Clar

Theresa King

Theresa King